

Bezugspreis:

Beitrag 10,50 Mk. monatlich, 1,50 Mk. für ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 Mk. etc.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk u. Zeit' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraph-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 21. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komposition... 'Kleine Anzeigen'... 100 Mk. die Zeile...

Der 'Sieg der Demokratie'.

Das Wahlergebnis in Frankreich

Ende Dezember vorigen Jahres fanden in England die allgemeinen Wahlen für das Unterhaus statt, mit dem Ergebnis, daß die von Lloyd George gebildete Koalition einen durchschlagenden Erfolg errang...

Es ist angebracht, bei einer Besprechung der Ergebnisse des französischen Wahlganges am vergangenen Sonntag auf diesen englischen Präzedenzfall hinzuweisen. Denn das neue französische Wahlsystem, welches einen Fortschritt im Sinne der Gerechtigkeit darstellen sollte...

Aber nicht allein, daß letztere sich weigerten, mit diesen anständigen, wirklich demokratisch gesinnten Ueberbleibseln der einst allmächtigen bürgerlichen Partei, eine Gegenkoalition zu bilden...

Dabei steht noch keineswegs fest, daß die Hoffnung des Stimmengewinns sich tatsächlich erfüllt hat. Bis jetzt liegen die Stimmzahlen der einzelnen Parteien noch nicht vor.

Niederlage in Elsaß-Lothringen.

Die französischen Kammerwahlen endigten in Elsaß-Lothringen unerwarteter Weise mit einer Niederlage der sozialdemokratischen Liste. Die Kurzaufzählung, die im ehemaligen Reichsland während der Wahlen ebenso wie in Frankreich selbst aufgestellt werden konnte...

Die sozialistischen Blätter in Mülhausen und in Straßburg kündigen das Bevorstehen großer wirtschaftlicher Kämpfe an. Nach den obenstehenden Wahlziffern kommt eine absolute Mehrheit für den nationalen Block nicht heraus.

Italienische Wahlergebnisse.

Der Wahltag ist in ganz Italien ruhig verlaufen, die Wahlbeteiligung blieb jedoch weit unter dem Durchschnitt der früheren Wahlen. In Rom stimmten von 157.000 Stimmberechtigten nur 46.000, also nicht einmal 30 Proz. gegen...

Die belgischen Wahlen.

Die belgischen Senatswahlen haben folgende Mandatverteilung gezeigt: 43 Katholiken, 30 Liberale und 20 Sozialisten. Die Katholiken verlieren 12, die Liberalen gewinnen 2 und die Sozialisten 10 Sitze.

Die neue Deputiertenkammer wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: 73 Katholiken (Verlust 26 Sitze), 70 Sozialisten (Gewinn 30 Sitze), 34 Liberale (Verlust 11 Sitze) und 9 Parteilose.

aus. Denn auch die regierungsfeindliche radikale Opposition ist so zusammengeschmolzen, daß sie selbst im Verein mit den Sozialisten nicht gegen den clemencitischen Block aufkommen kann. Da wäre es noch besser gewesen, die bolschewisierenden französischen Sozialisten hätten die Sowjet-Parole bis in ihre letzten Konsequenzen angewandt...

Bitter rächt sich an der Partei der Mangel an großen Führern. Unter Jaures, dem hervorragenden Taktiker und Kenner der Strömungen im In- und im Auslande, wäre etwas derartiges niemals geschehen. Aber die Partei wurde in diesen Kampf mit dem politischen Dilettantismus geführt...

Wühlichkeit gegenüber allen, die sich auf beiden Seiten des Rheins weigern, auf das neue Leninische Evangelium zu schwören - und das für die gesamte Internationale recht betrübliche Ergebnis liegt jetzt vor uns...

Frankreich geht einer Zeit der militaristisch-klerikalen Reaktion entgegen, unter der ganz Europa wird leiden müssen. Alle Parteien, auch die Sozialisten, hatten im Krieg die Parole ausgegeben, Deutschland müsse zur Rettung der Demokratie niedergedrungen werden.

Über diese Aussicht ist gering. 'Der Boche zahlt alles.' Das Land, das diese Zuversicht schmiedet, wird auch entgegengesetzte Richtungen zusammenhalten. Deutschland wird es bitter zu spüren bekommen. Dank der genialen Taktik der französischen Sozialisten.

Agrarische Kampfansage.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat an den Reichswirtschaftsminister eine Kundgebung erbeten, die die Stellung der landwirtschaftlichen Interessentenverbände und der Landwirtschaftskammern zu der Zwangswirtschaft zusammenfassend darstellt.

Die Landwirtschaft fordert an Stelle der heutigen Zwangswirtschaft die Lieferungsfrist auf Grund der tatsächlichen Leistungsfähigkeit und zwar in der Weise, daß nur noch Brotgetreide und allensfalls Milch und Vollerzeugnisse der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen sollen.

So die Landwirte. Bei Erfüllung ihrer Forderungen versprechen sie ihrerseits, die Regierung zu unterstützen, im Falle der Ablehnung verzichten sie auf jede Verantwortung für das Scheitern unserer Volksernährung und auf jede Mitwirkung bei der Durchführung der jetzigen Maßnahmen.

Seitens der Regierung ist die Zwangswirtschaft immer nur als das notwendige Uebel angesehen worden. Solange Mangelwirtschaft besteht, kann eine Freigabe der Lebensmittelbewirtschaftung nur auf Kosten derjenigen Verbraucher erfolgen, die nicht das Glück haben, selbst Landwirtschaft zu betreiben. Die Preise müssen ins Ungemessene steigen (siehe Eier, Haser, Hülsenfrüchte), die Löhne in gleicher Weise erhöht werden. Das ist der letzte Grund der Regierungsmassnahmen. Eine Ergänzung der heimischen Lebensmittelvorräte durch die Einfuhr ist zu einer Zeit, wo die Welt im Ausland nur 10 Pf. wert ist, nur in beschränktem Umfange möglich.

So wirkt die Forderung nach Aufhebung der Bewirtschaftung des Fleisches wie eine grausame Ironie. Gönnt man der Arbeiterfrau nicht einmal mehr die wenigen Gramm Fleisch für den sonntäglichen Mittagstisch zu dem „billigen“ Preise?

Mit der Gerste ist es nicht viel anders. Als der Haser freigegeben wurde, wurde er auf einmal der Gerste erschreckend ähnlich. Man mischte lustig drauf los. Gebt noch die Gerste frei, so wird der Roggen zur Gerste u. s. f.!

Wie aber soll dem Schiebertum entgegengetreten werden, wenn der Staat jede Kontrolle aus der Hand gibt?

Es bedrängt immer wieder, daß die Landwirtschaft mit ihren Forderungen immer dann aufsteht, wenn politisch „etwas los“ ist. Wir verstehen wohl, daß es ihr in der Zwangsjade nicht recht behagt. Erst dann aber wird man positiv den Missetätigen entgegenwirken können, wenn man sieht, daß sie in Erkenntnis der Notlage des ganzen Volkes und seiner Wirtschaft alles tut, um schon jetzt gegen Schleichhandel und Korruption anzukämpfen. Darauf warten wir. Statt dessen ertönt eine Kampfansage. Einer Regierung, die auch nur das Geringste auf sich hält, bleibt keine Wahl in der Antwort. Sie muß jedes Unterhandeln ablehnen.

Ob wir aber damit in der Arbeit für das Volksganze vorwärtskommen, ist eine Frage, die sich die Landwirte selbst stellen sollten.

Sport der „Offenen Worte“.

In unserer Morgennummer vom Donnerstag besaßen wir uns mit dem Militärblatt „Offene Worte“, welches an der vom Reichswehrminister verfügten Freigabe des Flugblattes der Zentralstelle für Einigung Kritik gelibt und ein Verdict abgedruckt hatte, in welchem die jetzige Form der Truppenverteilung verhöhnt wurde. Wie uns mitgeteilt wird, wird diese Haltung des Blattes, wenn es auch keine vom Staate unterhaltene offizielle Zeitung ist, vom Reichswehrminister auf das schärfste mißbilligt. Wie wir hören, wird die Frage der Truppenblätter in der Weise geregelt werden, daß kein Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen mehr gegeben wird.

Was den Charakter der „Offenen Worte“ anbelangt, so möchten wir hierzu bemerken, daß in Sachen dieses Blattes vor einiger Zeit das Reichswehrgruppenkommando I (Wittich) ein Schreiben an uns richtete, in dem die „Offenen Worte“ als „dem Reichswehrgruppenkommando I nahestehend“ bezeichnet wurden. Wir mußten und müssen daraus unsere Folgerungen ziehen.

Laufenberg verurteilt.

(Hamburger Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Vor dem Hamburger außerordentlichen Kriegsgericht stand am Donnerstag Heinrich Laufenberg. Er war am 6. November verhaftet worden. Ein Kriminalwachmeister will gehört haben, daß Laufenberg in einer Versammlung am 10. September zum Sturz der Regierung aufgefordert habe. Der Ver-

teidiger Dr. Gegetwisch-Telle bezeugte die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen und verurteilte in ihm einen Vorkämpfer.

Laufenberg entwidmete seine Anwesenheit dahin, daß er jegliche Organisation eines bewaffneten Aufstandes ablehne. Die kommunistische Partei habe nach dem — seiner Meinung nach unermesslichen — Zusammenbruch der Regierung die Diktatur des Proletariats anzuschaffen, um dann einen Volkskrieg gegen die Entente zu führen.

In den folgenden Auseinandersetzungen war das Bestreben des Angeklagten unverkennbar, die nationale Richtung der Linkskommunisten zu betonen, die vor allen Dingen auf die Beseitigung des Versailler Friedensdiktats ausging.

Verzeichnend für das außerordentliche Kriegsgericht war es, daß sein Vorkämpfer unter anderem aushetzte: „Da sind wir uns einig, daß das heutige System nicht schön ist.“

Die Mehrzahl der Zeugen behauptete, daß Laufenberg immer vor Putzern gewarnt habe. Andere sagten aus, Laufenbergs Ausrufung habe etwa so gelaute, daß nach dem Zusammenbruch der jetzigen Regierung und wenn die Massen es verlangten, auch zur Gewalt gegriffen werden müßte.

Der Staatsanwalt erklärte, daß von eheloser Gesinnung bei Laufenberg nicht die Rede sein könne, der Tatbestand aber erwiesen sei. Er beantragte ein Jahr Festung. Der Verteidiger bekämpfte die Anklage in einständiger Rede und stützte sich besonders darauf, daß Laufenberg Gegner des Aufstands sei. Die Beseitigung des Verlaufs einer vermuteten Revolution sei nicht strafbar.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen nicht an, sondern verurteilte Laufenberg zu einem Jahr Festung. Wegen die Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte gibt es bekanntlich kein Rechtsmittel!

Kampf gegen die wilde Einfuhr.

Die vom Reichswirtschaftsministerium getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der wilden Einfuhr und des Schleichhandels an den Grenzen, beginnen ihre Früchte zu tragen. In der Woche vom 16. bis 23. Oktober wurden von den verschiedenen Ueberwachungsorganen an den Nordwest-, West-, Nord- und Südwestgrenzen insgesamt über 951 Tonnen Butter, Schmalz und sonstiges Speisefett beschlagnahmt und der Reichsstelle für Speisefette zugeführt. Noch größer sind die beschlagnahmten Fischmengen, die sich auf über eine Million Kilo belaufen. Es folgen Fleischmengen mit 707 Tonnen und Oel und Fette mit 649 Tonnen. An Obst und Gemüse wurden 270 Tonnen und an Eier 5 1/2 Tonnen beschlagnahmt. Das Quantum des beschlagnahmten Zuckers belief sich auf 44 Tonnen. An sonstigen Nahrungsmitteln fielen 79 Tonnen in die Hände der Beamten. Verhältnismäßig unbedeutend sind die beschlagnahmten Getreide- und Kartoffelmengen. Alles in allem handelt es sich um recht erhebliche Mengen, die den Schiedern und Schleichhändlern abgejagt und der Allgemeinheit der Versorgungsberechtigten zugeführt werden konnten. Es ist zu hoffen, daß die unablässigen Bemühungen der Regierung, den wilden Schleichhandel zu unterbinden, auch weiterhin von Erfolg begleitet sein werden.

Wie aus Dörfeld i. B. gemeldet wird, sind auf dem dortigen Güterbahnhof seit Mitte Oktober nicht weniger als fünfzig Eisenbahnwagen mit Schieferwaren im Gesamtwerte von 40 Millionen Mark beschlagnahmt worden.

Göttinger Studenten gegen Haenisch.

Wie uns aus Göttingen gemeldet wird, veranstalten die dortigen Studierenden der Universität am Freitag eine große Demonstration. Sie dient einem doppelten Zweck. Einmal wollen die Studenten den bekannten Göttinger Physiker und Nobelpreisträger

Professor Debye bewegen, einen Ruf nach Zürich nicht anzunehmen. Zum andern aber soll in einer großen Versammlung vor Auffstellung des Demonstrationzuges Stellung gegen das preussische Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung genommen werden, weil angeblich dieses Ministerium durch die Verweigerung der nötigen Mittel für die Göttinger Universität, und Forschungsinstitute die namhaftesten Gelehrten aus Deutschland vertriebe. Es wird behauptet, daß Delegierte der Studierenden nicht nur vergeblich in Berlin beim Minister Haenisch gewesen seien, um eine Erhöhung des Unterhaltsatzes über den jetzt noch geltenden Friedensstand zu erlangen, sondern daß neuerdings auch für die unermesslichen Staatsüberschreitungen in den einzelnen Instituten und Laboratorien die Leiter und ihre Assistenten haftbar gemacht werden sollen. Die bürgerliche Presse Hannovers, ganz besonders die nationalstisch-antisemitische, greift die Affäre bereits mit großem Behagen auf und hegt die Studentenschaft noch immer tief in die Erregung hinein. Nationalistische Exzesse in Versammlungen, in öffentlichen Lokalen sind nichts Neues. Studenten erzwingen in den Cafés das Spielen der Preußenhymne und des Deutschlandliedes und singen demonstrativ mit. Angesichts dieser geistig-politischen Verfassung der Studierenden wird der Kultusminister sich für dieses Treiben interessieren müssen.

Der Rückzug aus dem Baltikum.

Die Verhältnisse in Rußland haben sich durch die rasche Niederlage des Generals Judentich und das Zusammenbrechen der Awaloffschen Armee im Baltikum zunächst wieder verwirrt. Innerhalb der nächsten Tage wird eine Klärung, die Schlüsse auf den ferneren Verlauf der Dinge in Rußland zuläßt, noch nicht zu erwarten sein. Die deutschen Truppen aus dem Baltikum kehren nunmehr endgültig zurück. Allerdings hat es den Anschein, als ob dieser Rückzug nicht reibungslos erfolgen kann. Es liegen bereits Meldungen vor von vereinigten Angriffsunternehmungen der Esten und Litauer auf die heimkehrenden deutschen Truppenverbände. Offenbar ist es darauf abgesehen, in den deutschen Rückzug Unordnung und Verwirrung zu tragen, um dadurch einen recht erheblichen Teil des in den Händen der Truppen befindlichen Kriegsmaterials zu erlangen. Auch die englischen Truppen scheinen die Esten und Litauer zu unterstützen und vielleicht sind auch sie von der Absicht geleitet, Waffen, Munition und Gefährliche den Deutschen abzunehmen. Diese Vorgänge sind tief zu bedauern, weil dadurch natürlicherweise Aktionen des Widerstandes seitens der deutschen Truppen ausgelöst werden.

Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß die Truppen Koltshafsk sich in einem panikartigen Rückzug nach Mittelsibirien befinden. Koltshafsk hat durch den Fürsten Drow bei der Friedenskonferenz in Paris gegen die zweideutige, offenbar Sowjetrußland günstige Ostpolitik Polens Einspruch erhoben.

Denikin entfaltet in Galizien eine starke Propaganda gegen Polen. In Lemberg soll sich bereits ein Komitee gebildet haben, das für den Anschluß Ostgaliziens an Rußland tätig ist.

Den englischen Blättern zufolge sagte Lloyd George in seiner bereits gemeldeten Rede über Rußland im Unterhause am 17. d. M. noch, die Anwesenheit von Deutschen in den baltischen Provinzen sei eine große Gefahr. Er erinnerte an die preussische Erhebung gegen Napoleon, die ebenfalls im Osten vorbereitet sei und erklärte, die Deutschen müßten aus den baltischen Provinzen entfernt werden; sonst sei Europa nicht mehr sicher.

Die Ausgestaltung des Fortbildungswesens im Sinne des Sozialismus.

Wir gehen in folgenden Seiten den Vorläuf der vom Schul- und Erziehungsamt der Stadt-Verwaltung beauftragten Kommission (S. 2.) nach dem Fortschritte des Stadtverordneten Lehner H. B. unter angelegentlichem Fortbildungswesen.

I. Die Fortbildungsschule als Glied der Einheitschule.

1. Die Zeit bis zum vollendeten 10. Lebensjahr soll für alle Volksgenossen zur Aneignung der grundlegenden allgemeinen Bildung dienen. 2. Dann folgt für die Zeit vom 10. bis 18. Jahre die Fortbildungsschule. Sie ist als Glied der Einheitschule die Oberstufe für die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, die in der Gütererzeugung und im Handel sich praktisch betätigen will. 3. Die Fortbildungsschule im Rahmen der Einheitschule ist Pflicht- und Wahlschule. a) Die Pflichtfortbildungsschule ist die eigentliche grundlegende oder niedere Fachschule. b) Die Wahlfortbildungsschule bietet reiche Möglichkeiten für den wahrheitsfreien Unterricht, der seine Fortleitung durch den Besuch der Volkshochschule erfahren kann. 4. Die Volkshochschule ist unter Ausnutzung der modernen Verkehrsmittel allen Volksgenossen zugänglich zu machen.

II. Die äußere Einrichtung der Fortbildungsschule.

5. Da alle Schüler entsprechend dem Artikel 148 der Verfassung auch die praktischen Anlagen der Schüler entwickeln sollen, bedarf es für die Ausbildung in den praktischen Berufen nur einer zweijährigen Lehrzeit. 6. Die Fortbildungsschüler sollen in sechs Halbtagsstunden zu je 4 Stunden wöchentlich sein und in drei Halbtagsstunden zu je 4 Stunden die Fortbildungsschule besuchen. 7. Für den Besuch der Wahlschule und für die Betätigung in Sport und Spiel verbleiben die übrigen drei Halbtagsstunden. 8. Zur niederen Fachschule gehören Lehrwerkstätten, die durchaus im Einklang mit der wirklichen Gütererzeugung stehen müssen. 9. Die Fortbildungsschule muß zum Mittel- und Sammelplatz für alle vorzüglichen Jugendkräfte werden. 10. Durch die Selbstverwaltung der Schüler wird ihre staatsbürgerliche Selbsterziehung erstrebt.

III. Der neue Geist in der Fortbildungsschule.

11. Die neuen Fortbildungsschulen dienen ebenso sehr dem Ausbau der gesamten Persönlichkeit wie der Heranbildung für die Gütererzeugung. 12. Der geistige Aufstieg des Arbeiters wird erstrebt durch a) Verinnerlichung des Gemeinlebens, b) Erweckung des Selbstbewusstseins aus Pflichterfüllung, c) stärkste Verinnerlichung des Gefühls der Selbstverantwortlichkeit gegenüber den sozialen Verhältnissen in der engeren und weiteren Umgebung.

IV. Forderungen für die unmittelbare Gegenwart.

Solange der Aufbau der Einheitschule noch nicht bis zur Oberstufe gediehen ist, erfordert die heutige Fortbildungsschule

1. Stärkere Betonung der allgemeinen Bildung.
2. Lehrplan ohne Uebertreibung des Nützlichkeitsprinzips.
3. Pflege der künstlerischen Kultur.
4. Lerneinrichtung.
5. Vermehrung der wöchentlichen Stundenzahl.
6. Unterricht in der Arbeitszeit.
7. Bezahlung der Unterrichtszeit.
8. Einrichtungen für den Übergang auf die höhere Fachschule.
9. Beschäftigung der Lehrlingsausbildung durch jährliche Abschlußprüfung in den Werkstätten.
10. Nur hauptamtlich beschäftigte Lehrer, mit besserer Vorbildung.
11. Neuzzeitliche und einheitliche Lehr- und Lernmittel.
12. Gesunde Schulräume.
13. Schulärzte (für Schüler und Lehrer).
14. Selbstverwaltung und Selbstregierung der Schulen durch Schüler- und Lehrerräte.
15. Schulbeiträge.
16. Aus den Schüler-, Lehrer- und Schulbeiträgen der einzelnen Fortbildungsschulen eines Ortes ist ein Ortsbeirat für das Fortbildungswesen zu bilden.

Der Kürze wegen sind die Schülerinstitute nicht jedesmal erwähnt. Für sie gilt alles hier Geforderte in derselben Weise.

gez. Oskar Häbner.

Dokumente der Not. Im Arbeitsministerium häufen sich die Akten. Sie häufen sich auf den Tischen der Referenten, sie fließen aus unzähligen täglichen Telegrammen, Fernsprüchen, Berichten zusammen. Geduldlos ist das Papier, fählos die Letzteren.

Da steht in rubigen schwarzen Lettern hunderte, tausendmal das Wort Streikresolution. Da stehen in geraden ausgerichteten Reihen Zahlen „Mindestforderungen“, daneben ein anderes Wort: „Nachbewilligungen“.

Friedrich liegen die „Verhandlungen mit den Arbeitnehmern“ neben den „Verhandlungen mit den Arbeitgeber“. Welche Not, welche Verdüsterung, wieviel verzweifelter Ringen um kleine Verbesserungen, Veränderungen, wieviel verzweifelter Kampf Hungernder um Brot aus ihnen spricht, die Akten liegen beieinander.

Und eines Tages wandern sie in die Registratur, sorgfältig gießen gedübte Beamtenfinger Zwirnsfäden durch sie, pappen sie aneinander, belassen sie mit lauberten Auffrischen und stellen sie in die endlosen Regale: Erledigte Akten.

Küßl, als trügen sie weder Kampf noch Not, stehen die Aktenbündel lächerlich neben einander — wie Gräber auf dem Friedhof, Tote, die ausruhen von Kämpfen und Ringen.

Nach H. Roll-Wesse in der Philharmonie. Die Wesse aller Messen, Bachs gigantischer Werk in H. Roll, birgt alle Wucht der Beschleunigung, alle Wüde des Friedens, alle Kraft des Prozeßes in sich. An innerem und äußerem Format unvergleichlich, unerreicht, durch ihre erhabene Objektivität und ihren gewaltigen Ausklang selbst über Beethoven's D. Roll-Wesse ragend, einsam und groß, Idee, Geist und Gestaltung einheitlich verbindend. Ein Jahrtausend an Musik ist in dieser hohen Messe eingegangen. Siegfried Ochs zwingt die gewaltigen Schwierigkeiten dieses Werks so stark, daß die technische Leistung nicht mehr verwundert. Im so leuchtender die edle, klare, dem Herzschlag dieser Ehre nachschauende Linie, um so bewundernswürdiger der Griff, der diese kraftgeladenen Formen ebenso stark umfaßt, wie er die Dämpfung und Tröstungen mit sublimen Zurückhaltung verflücht. Eine Weiserleitung des Dirigenten, eine historische Leistung des Philharmonischen Chors, in

dem eine vierhundertköpfige Schar zu einem Klang, zu einem Gefühlsausdruck unter pädagogischer Hand durchgedrungen ist. An dem Gesamteindruck konnte die gelegentliche Kälte der solistischen Faktoren nichts ändern, und nur im Vergleich zu dem stüttschen Reingefühl des Dirigenten und seiner Sänger fanden die Soli ab. Wir nennen aber in dankbarer Erinnerung: Frau Leonard, Frau Rosa-Omeiner, Herrn Walter und Herrn Alexander Brina. Nicht zu vergessen die Philharmoniker und ihren Koncertmeister von Kress, der das Solo zur Arie „Iudamus te“ besonders eindringlich und schön spielte.

Wo im Kriege der Jucker blieb. Die allmähliche Auffklärung der Geheimnisse der Kriegswirtschaft offenbart nun auch, was aus den großen Mengen von Jucker geworden ist, die vom zweiten Kriegsjahr ab der menschlichen Ernährung entzogen wurden und das deutsche Volk, das in der Juckerproduktion an der Spitze aller europäischen Länder marschierte, zur strengen Rationierung zwangen. Wie Dr. Constein und Dr. Lüdtke in den „Kulturwissenschaften“ mitteilen, wurde die größte Menge des Juckers in Glyzerin vermandelt, der zu Sprengstoffen gebraucht wurde. Die Umwandlung geschah auf biochemischem Wege. Ein neues Verfahren wurde im Jahre 1915 patentiert und rasch in Großbetrieb genommen, so daß die Glyzerinausbeute 1 Million Kilogramm im Monat überstieg. Die biochemischen Verfahren eröffnen ganz neue Aussichten für die Zukunft und scheinen überhaupt dazu berufen zu sein, einem Volk, das aller Rohstoffe beraubt wird, in vieler Beziehung Ersatz zu schaffen.

Wohnstätten der Ostfront sind im bayerischen Ries, etwa eine Stunde südlich von Riedingen an der Ostseite des Reminger Berges entdeckt worden. Es handelt sich um Wohnbauten mit Neolithverwandten, noch den aufgefundenen Topfsteinen aus dem 7. vorchristlichen Jahrhundert stammend, in Bayern die ersten aus dieser Zeit. Häuier der Ostfront fand man bisher nur sehr wenige.

Theater. Als nächste Neuheit wird die „Tribüne“ Ulrich Stein's dorfs Drama „Die Arren“ aufgeführt. — Lucie Odlich beginnt im Januar ein Gastspiel im Kleinen Theater in einem neuen Drama. — Am Berliner Theater wird Fritz Maslars im Februar in der Uraufführung einer neuen Operette von Oskar Strauß aufgeführt, zu der die Wiener Librettisten Hammer und Grünwald das Buch geschrieben haben.

Musik. Am Totensonntag bringt die Singakademie unter Leitung Georg Schumanns nach fast dreißigjähriger Pause Kiels Requiem in A-dur zur Aufführung.

Lehrungen von Heinz spricht am 23. November, nachmittags 4 Uhr, im Vortragsaal Bruno Tuerichmann. Auch Telle aus „Deutschland“ stehen im Programm. Bormes spricht Erich Lichtenstein über „Seine als Dichter und Volkstier“. Am Verlauf der Veranstaltung wird Herr Heinrich Pökel über die von ihm im letzten Winter angeregte Einrichtung eines „Denkmals in Berlin“ sprechen.

Bodenreform und Sozialismus. In der Nacht-Hochschulgemeinde an der Universität spricht heute abend 7 Uhr im Saal 122 Dr. H. Damajste über „Die Bodenreform als Weg zur Veröhnung zwischen Individualismus und Sozialismus“.

Der Katerfilm. Bonn wollte in München zur Hilfe für die Kriegsgefangenen Gedächtnis von Goethe, Renan, Dumas u. a. sprechen. Romar, hatten haben ihn angepöbeln und ihn, als er sich mit münchischen Mitteln zur Wehr setzte, vom Podium heruntergetrieben und aus dem Saal geschwungen. Er hat es mit dem feinen Rob, dem er früher gedient, gründlich verbrochen.

Kan an die Schieber!

Es geht wirklich nicht mehr so weiter. Die Gegenläufe — auf der einen Seite Pressen und Genußsucht, auf der anderen Seite trotz dauernd erhöhter Löhne die Unmöglichkeit, das zum Leben Notwendigste zu erhalten — wachsen ins Riesenhafte.

Die vielfach höheren Preise für Lebensmittel und sämtliche Bedarfsartikel können weder von den Arbeitern, trotz der hohen Löhne, noch von den Beamten, die jetzt faum das Doppelte ihrer Friedensbezüge haben, bezahlt werden. Folglich bleibt ihnen nur der Hunger übrig.

Diese beiden Mühlensteine, Hunger und Wucher, sind es, die die Kraft des arbeitenden Volkes langsam aber sicher zermahlen.

Alle bisherigen Maßnahmen der Regierung, mögen es Steuererhöhungen, Senkung der Lebensmittelpreise usw. gewesen sein, haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Es ist notwendig, das Uebel bei der Wurzel zu packen, gegen Schleichhändler und Schieber mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, sie in ihren Schlupfwinkeln aufzusuchen und fassen. Zuchthausstrafe und Vermögensentziehung sind die einzigen noch wirksamen Mittel, die endlich zur Anwendung kommen müssen.

Um aber die Schieber zu fassen, muß das Reich — bei Wahrung aller Demokratie — endlich davon abkommen, den Wucher durch seine Einrichtungen zu fördern. Außergewöhnliche Zeiten erheischen außergewöhnliche Maßnahmen. Nicht zur Freude jedes demokratisch Empfindenden erleben wir noch heute Belagerungszustand, Ausnahmezustand, Zeitungsverbote usw. Eine Maßnahme aber, die zur energischen Bekämpfung der Schieber unumgänglich notwendig ist, und mit deren vorübergehender Anwendung — nach meiner Meinung — sogar die U. S. V. einverstanden sein könnte — das Einverständnis der rechtsstehenden Parteien sehe ich als selbstverständlich voraus (!) — hat bis jetzt auf sich warten lassen.

Es handelt sich um die vorübergehende Ueberwachung des Brief-, Telegramm-, Fernsprech-, Paket- und Eisenbahngüterverkehrs.

Wie liegen jetzt die Verhältnisse zum Beispiel bei der Post?

Jeder Beamte, jede Telephonistin, jeder Aushelfer weiß, daß Unmengen und Unmengen von Schleichhandelswaren mit der Post verhandelt werden. Die Beamten kennen ganz genau die Schieber, Absender wie Empfänger, sie beobachten den Verkehr; manchmal steigt ihnen ob der unerhörten Preise, die der eine nimmt und der andere zahlt, das Blut vor Scham ins Gesicht — doch sie müssen schweigen. Das Briefgeheimnis ist unverletzlich; ein Verstoß hiergegen, und sie wandern ins Gefängnis.

Die Beamten kennen auch ganz genau die Telegramme und Gepräche, all die geheimen Schlüße und Wege, welche Wucherer und Schieber miteinander verbinden. Voll Empörung sehen sie, wie das Volk um Millionen und Millionen zugunsten einiger weniger gewissenloser Verbrecher betrogen wird — sie müssen schweigen: das Telegraphengeheimnis ist unverletzlich.

Was nützen da alle Gesetze und Verordnungen gegen den Wucher? — Hier ist der Zustand entstanden, daß das Reich seine eigenen Gesetze paralyisiert. Es wird Gesetz gegen Gesetz ausgespielt. Man sieht, das schönste Gesetz gegen Wucher und Schiebertum wird sofort durch ein anderes vollständig unwirksam gemacht.

Doch nicht genug damit. Das Reich fördert ja auch den Lebensmittelwucher in geradzwei unerhörter Weise.

Geht z. B. ein Paket auf der Post verloren, oder wird es herab oder gestohlen, so zahlt die Post — auch wenn die Verendung der Lebensmittel verboten ist — Ersatz nach den postgesetzlichen Bestimmungen unter Zugrundelegung der verlangten Schieberpreise.

Gar nichts sollte die Post zahlen und beide Schieber, Empfänger und Absender, obendrein dem Staatsanwalt übergeben. Das wäre richtig; das würde dem Empfinden des hungernden Volkes entsprechen!

So ist es gekommen, daß jeder Bauer, jeder Großgrundbesitzer seine Erzeugnisse zu kolossalen Preisen durch die Mitwirkung der Post an bestimmte Abnehmer verschiebt und hinterher erklärt, nicht imstande zu sein, das vorgeschriebene Kontingent abzuliefern.

Kann man es unter diesen Umständen den Beamten verdenken, daß sie anfangen, sich dagegen zu wehren, diesen Volkverbrechern noch länger als Werkzeuge zu dienen?

Kann man es ihnen verdenken, daß sie von der Regierung verlangen, von ihrer Schweigepflicht entbunden zu werden, damit sie jene Glenden dem Strafrichter überliefern können?

Und ihr Kampf gilt noch einem anderen Ziel. Das elende Schieber- und Wuchertum ist es gewesen, das die Korruption in die deutsche Beamtenenschaft hineingetragen hat. Die Beamten wollen diese Seuche aus ihren Reihen austrotzen. Kann man es ihnen verdenken, daß sie selbst zu verzweifeltsten Mitteln greifen wollen, um dies zu erreichen?

Was nützt es, wenn z. B. die Postverwaltung ihre Beamten auf jene lenkenden Bestimmungen hinweist, die es gestatten, Postsendungen (und Telegramme), deren sichtbarer Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl verstößt, von der Beförderung auszuschließen.

Es hat keinen Zweck, die Nichtanwendungsmöglichkeiten dieser Bestimmungen hier zu erörtern. Hierüber heißen sich ungeliebte Doktorarbeiten schreiben.

Es genügt hier, festzustellen, daß die Vorschriften zur Bekämpfung der Schieber keinen, aber auch gar keinen praktischen Wert haben. Außerdem berühren sie mit das wichtigste Hilfsmittel der Schieber — die Telephongespräche — gar nicht.

Auch das Durchsuchen der abzufendenden Sendungen durch die Polizei vor der Auslieferung zur Post — womöglich auf der Straße vor dem Posthause — hat sich aus tausend Gründen als undurchführbar erwiesen.

Um dem Schiebertum wirklich ernsthaft zu Leibe zu rücken, gibt es nach meiner Ueberzeugung gar keinen anderen als den eingangs vorgeschlagenen Weg.

Jeder Versuch einer Schiebung muß unter den heutigen Umständen nach § 139 des Strafgesetzbuches als Vorhaben eines gemeingefährlichen Verbrechens angesehen und sofort der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Unter vorübergehender Einrichtung

einer Postkontrolle sind hierzu in erster Linie die Verkehrsbeamten und Verkehrsarbeiter verpflichtet.

Gewiß, es gehört ein Entschluß dazu, unter dem Ausnahmezustand die Postüberwachung wenn auch nur vorübergehend einzuführen. Der legitime Handel und Verkehr wird naturgemäß darunter zu leiden haben. Jedoch kennen wir nicht schon andere einschneidende Maßnahmen im Verkehrsleben, die noch lästiger sind? Und gibt es einen anderen Weg, den Totengräbern des Volkes zu Leibe zu rücken? Ehe unser ganzes Wirtschaftsleben kaputt geht, wird sich jeder einsichtige Volksgenosse dem Zwang der Verhältnisse fügen, und diese Unannehmlichkeit in Kauf nehmen.

Es bleibt nichts anderes übrig! Nur vier Wochen eine beratende Kontrolle, dazu gleichzeitig schärfste Ueberwachung der Landwirte und — das deutsche Volk kann erleichtert aufatmen.

Also: „Kan an die Schieber!“

Willy Steinkopf.

Die Chemnitzer Unruhen vor dem Schwurgericht.

Die Lebensmittelunruhen, die am 4. August in Chemnitz begannen, von Tag zu Tag immer größeren Umfang annahmen und schließlich am 7. und 8. August mit blutigen Zusammenstößen endeten, beschäftigen in den nächsten drei Wochen, nachdem Landgericht, Schöffengericht und Jugendgericht schon in letzter Zeit zahlreiche Teilnehmer an den Unruhen abgeurteilt haben, das Chemnitzer Schwurgericht. 17 Angeklagte, darunter drei Frauen, haben sich wegen schwerer Straftaten zu verantworten.

Am Donnerstag wurden als erste die Geschworenen Max Emil Grünwald und Willi Muster abgeurteilt. Beide sind Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse. Grünwald ist wegen Unterschlagung und Muster wegen Landfriedensbruchs verurteilt. Grünwald wird beschuldigt, einem Feldwebel den Karabiner abgenommen und ihn damit verprügelt zu haben. In der Verhandlung erklärte er, daß er sich darauf nicht mehr besinnen könne, da er im Kriege nicht nur die Schlast verloren, sondern auch Nervenschüttung davongetragen habe. Es sei möglich, daß er in der Erregung derartiges getan habe, doch wolle er jetzt nichts mehr davon. Muster ist angeklagt am Schillerplatz einen Unteroffizier geschlagen zu haben. Er bestreitet jede Schuld und behauptet, daß er schon vorher wieder umgekehrt sei. Die Zeugenvernehmung ergab die volle Schuld der Angeklagten. Die gerichtsarztliche Untersuchung stellte fest, daß Grünwald zwar geistig minderwertig, aber für seine Taten verantwortlich sei.

Die Geschworenen billigten den Angeklagten mildere Urteile zu. Das Urteil lautet für Grünwald auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, für Muster unter Einschluß der früher gegen ihn erlassenen Strafen auf 2 Jahr 3 Monate Gefängnis; außerdem wurden ihm die Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Vor der kritischen Abstimmung in Amerika.

Im Senat verlas Hitchcock vor der Abstimmung einen Brief Wilsons, in dem dieser darauf drängt, die Vorbehalte auszusprechen. Lodge erklärte später, der Senat wäre nicht bereit, den Weisungen des Präsidenten zu folgen und reichte darauf seinen Antrag zur Ratifizierung samt Vorbehalten ein, der bekanntlich die 2/3-Mehrheit nicht erhielt. Daraufhin verlangte Lodge sofortige Abstimmung über Ratifizierung ohne Vorbehalte in der Annahme, daß auch hierfür die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht zustande kommen würde. Senator Reed schlug vor, die allgemeine Vorlage zu ändern. Hieraus wurde mit 62 gegen 30 Stimmen beschlossen, einen Antrag, später noch über die Ratifizierung mit milden Vorbehalten abzustimmen, von der Tagesordnung abzusehen.

Die Abstimmung im Osten.

Obwohl die amerikanischen Mitglieder mit Rücksicht auf die unfaire Klassifikation des Friedensvertrages für die Abstimmungskommission im Osten noch nicht ernannt sind, dürften diese selbst demnächst ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Abstimmungskommission für Oberasien besteht aus dem französischen General Le Moine, dem englischen Oberst Percival und dem italienischen General de Martines.

Die Abstimmungskommission für die Kreise Rosenberg, Stuhm, Marienwerder und Marienburg hat folgende Zusammensetzung: Beaumont für England, de Christy für Frankreich, Mondolfo für Italien und Ida Kato für Japan.

An die dänischen Freunde.

Die dänischen Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, die Annahme auch im Winter fortzusetzen, insbesondere Kinder über Weihnachten auf acht Wochen aufzunehmen. Der Reichsminister Bauer hat deshalb an den Minister Stauning in Kopenhagen folgendes Telegramm gerichtet:

Die Mitteilung, daß die dänischen Gewerkschaften erneut bereit sind, einer weiteren hohen Anzahl erholungsbedürftiger Kinder gastfreien Aufenthalt in Dänemark zu gewähren, wird in allen Teilen des Deutschen Reiches freudigste und dankbarste Anerkennung finden.

Die dieser Heimkehrer, glänzend erhalten und fast immer auch neu eingekleideten Kinder haben bei den Angehörigen die tiefste Dankbarkeit ausgelöst, die das Familienleben der einzelnen gütig beeinflusst.

Dieser sichtbare Ausdruck der Hilfsbereitschaft heißt uns, den Wünschen an eine neue und bessere Zeit nicht ganz zu verlieren.

Ein neuer Friedensvorschlag Lenins!

Nach einer Meldung der „Politiken“ verlautet, daß der bolschewistische Sondergesandte Litwinow ein neues Friedensangebot Lenins mitbringt. Der Vorschlag Lenins soll durch Vermittlung der englischen Gefangenen-Austausch-Kommission der Londoner Regierung übermittelt werden. Die Verhandlungen zwischen O'Grady und Litwinow finden im Hotel Wädin statt. Nach den Informationen der dänischen Presse beabsichtigt Litwinow die Heimreise über Berlin anzutreten. Für die an diesen Reiseplan geknüpften Kombinationen bezüglich einer beabsichtigten Annäherung der Sowjet-Regierung an Deutschland fehlt jede tatsächliche Unterlage.

Unsere Gefangenen.

In Frankreich sind es noch 5000 Offiziere und 425 000 Mann, die dem Tag der Befreiung sehnsüchtig entgegensehen. Das und Mordt gegen Deutschland spielen drüben bei den mehrerbunden Stellen eine große Rolle. Wenn sich auch die Lage der Gefangenen in Frankreich zum Teil gebessert hat, so läßt doch die Behandlung in den Strafkompagnien sehr zu wünschen übrig. Zwar ist die Ernährung ausreichend, die überall in Frankreich sind die hygienischen Verhältnisse außerordentlich schlecht. Das mangelnde Organisationstalent der Franzosen ist besonders daran schuld, wenn die Bekleidungsfrage der deutschen Gefangenen immer noch nicht gelöst ist. Neben auch die leitenden Regierungsstellen in der Behandlung unserer Gefangenen die besten Leistungen ausgeben, der böse Wille mancher Kommandanten und von Teilen des Aufsichtspersonals verschiedener Lager macht für viele Unglückliche das Leben zur Hölle. Wo solche Fälle bekannt werden, tut die deutsche Regierung alles, den Schicksalen ein Ende zu machen.

Auch die Postverhältnisse sind außerordentlich traurig. Eine Anzahl Pakete kommt nicht an. Um die Weihnachtsgeschenke der Gefangenen zu sichern, werden von Deutschland aus Sammelforderungen an die verschiedenen Lager geschickt. Es sind bereits große Posten von Lebensmitteln, die wir in Kopenhagen greifbar hatten, sowie einige Waggons Rauchwaren, Wäsche, Decken usw. abgegangen. Auch in Barcelona besteht eine deutsche Kriegsgefangenenabteilung, von der aus unsere Gefangenen versorgt werden. Der Deutschen Kriegsgefangenen-Kommission in Paris sind ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Wo Hilfe notwendig ist, wird sie von dem Vorsitzenden dieser Kommission, Major Traut, geleistet.

Aus England ist der Abtransport so gut wie beendet; es bleibt nur noch ein kleiner Rest auf französischem Boden. In Großbritannien sind noch die Scapa-Flow-Leute und eine Anzahl von Fliegern und Bombenwerfern. Die deutsche Regierung wird England zu einer Erklärung veranlassen, warum diese Leute noch zurückgehalten werden.

Amerika hat sämtliche Gefangenen zurückgegeben. Ägypten ist geräumt. Die Behandlung der Gefangenen in Palästina ist stellenweise nicht allzu gut. Für den Rücktransport der dort befindlichen deutschen Gefangenen war bereits ein Dampfer geplant, der jedoch unterwegs Sabotage erlitten haben dürfte, da er noch nicht in Malta eingetroffen ist. Nunmehr wird der Landtransport von Kleinasien aus in Erwägung gezogen, für den bereits Geld zur Verfügung gestellt ist. Aus dem Schwarzen Meer-Gebiet sind Gefangenentransporte unterwegs. Die in den dortigen Ländern befindlichen Gefangenen haben nichts auszustehen. Über 2800 Mann befinden sich in Turkestan, die im Lande verstreut sind. In Indien befinden sich noch 67 Offiziere, 419 Militär- und 1471 Zivilpersonen. Deutschland hat zum Abtransport Dampfer angeboten, die englische Regierung will unter Benützung dieser Schiffe den Transport selbst betreiben.

Die Heimführung der in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen gestaltet sich besonders schwierig. In Sibirien befinden sich noch immer 18 000 Kriegs- und 5000 Zivilgefangene. Alle Versuche, die Rückkehr der Kriegsgefangenen einhellig zu betreiben, scheiterten bisher an den politischen und Transportverhältnissen. Ihnen Nachricht zu geben, ist ebenso wenig möglich. Nur vereinzelt konnten Mitteilungen in unsere Hände. Unterstützung bekam die Kriegsgefangenenfürsorge durch den in Petersburg befindlichen A- und S-Rat, auch ist zur Weiterleitung ankommender Gefangenengruppen neuerdings in Kowno eine Stelle geschaffen worden. Für zehn Millionen Rubel Bekleidungsstoffe sind seit einigen Monaten von Amerika nach Sibirien geschickt worden.

In Italien befinden sich keine Gefangenen mehr. Den 4000 Deutschen in Japan geht es gut. Von den 1600 Kriegsgefangenen in Rumänien werden in diesen Tagen ein Teil durch zwei Lazarettzüge zurückgeholt.

Kleine politische Nachrichten.

Der Prozeß gegen den Abdrer Gieners. Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich meldet, ist die Hauptverhandlung gegen den Grafen Anton Arco-Valley, der Gieners erschossen hat, auf den 8. Dezember, und gegen den Major Alois Lindner, der den Anschlag im Landtag verübt hat, auf den 9. Dezember 1919 vor dem Volksgericht in München anberaumt worden.

Müßsam wegen Befehlsverweigerung bestraft. Die Strafkammer des Landgerichtes zu Ansbach verurteilte den Festungsgefangenen Erich Müßsam wegen Verletzung des bayerischen Justizministeriums Dr. Müller-Reinings zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Müßsam hatte den Justizminister einen ehelichen Lumpen geschimpft.

Verhaftung von Spartakisten im besetzten Gebiet. Der „Tempo“ meldet, daß während der letzten Woche zahlreiche Spartakisten im besetzten Gebiet verhaftet worden sind.

Staatliche Sicherheitspolizei auch im Reich. Da sich die Einrichtung der staatlichen Sicherheitspolizei in Berlin außerordentlich bewährt hat, ist vom Ministerium des Innern die Auffstellung einer ähnlichen Organisation in Gebieten Mitteldeutschlands beabsichtigt. Die Auffstellung hat bereits auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog, Neues Lager, begonnen.

Zum Tode Erbherr. Dem Vorstand der Zentrumspartei ist folgendes Schreiben übergeben worden:

Zum plötzlichen Hinscheiden Ihres langjährigen verehrten Führers, des auch von uns allgemein hochgeschätzten Abgeordneten Adolf Erber, sprechen wir namens der sozialdemokratischen Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung unser herzlichstes Mitgefühl aus. Lööbe, Scheidemann.

Der neue Führer der Zentrumspartei. Wie der Bayerische Kurier hört, wird an Stelle Erbers Abgeordneter Teimbom die Führung der Zentrumspartei übernehmen.

Die Einigungsfrage. Laut V. S. R. hat nach der Plenarsitzung der Nationalversammlung eine Fraktionslösung der unabhängigen Sozialdemokratie stattgefunden, in der auch die Einigungsfrage besprochen wurde.

Zur Fiktion der Rabenernte. Der Melchior-Wirtschaftsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß den Zuckerfabriken, wo Rabenerntearbeiter nötig sind, Bezugsheine über 10 Zentner statt bisher 5 Zentner Anteilgelder auf je 10 000 Zentner von der Fabrik angemaßene Zuckerribben ausgestellt werden, unter der Bedingung, daß die Rabenerntearbeiter neben den bisher den Erntearbeitern zugewiesenen Mengen die 4 Zentner ungelöst zur verbesserten Zuckerherstellung ihrer Rabenerntearbeiter benutzen.

Ungleiches Entgegenkommen. Wie der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ aus absolut zuverlässiger Quelle erzählt, wird die tschechoslowakische Regierung von der im Friedensvertrag festgestellten Beschlagnahme reichsdeutscher Unternehmungen keinen Gebrauch machen.

Todesstrafe für Schieber. Bekanntlich ist in Posen für jede Veruntreuung von Eigentum der Militärverwaltung die Todesstrafe festgesetzt, da das Schiebertum darauf um sich gegriffen hatte, daß dem Staat Millionenwerte fast täglich verloren gingen. Wie jetzt der „Dona“ berichtet wird, hat ein polnisches Kriegsgericht das erste Todesurteil gegen einen Unterleutnant und eine andere Person gefällt, weil sie für nicht ganz 3000 R. Heilmittel veruntreut haben!

D'Annunzio vergrößert sich. Bei seinem Ausflug nach der dalmatinischen Hauptstadt Zara hat der König von Rumänien Truppen zurückgelassen.

10. Verbandstag der Lithographen und Steindrucker.

Ragdeburg, den 19. November 1919.
Erster Verhandlungstag.

Der 10. Verbandstag der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe wurde am Mittwochvormittag in Ragdeburg eröffnet. Es sind 54 Delegierte anwesend, vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes wird Silberstein erwartet. Außerdem sind die Buchdrucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter als Gäste erschienen. Für den Oesterreichischen Senefelder-Bund ist Nühberger, für die holländische Druckerorganisation ist Källofs und aus Stockholm ist Wylbert. In das Bureau werden Hah (Berlin) und Eichmüller (Rürnberg) als Berichtende gewählt. Zur Tagesordnung liegt ein Antrag Dresden vor, die Betriebsräte als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die Opposition tritt lebhaft für diesen Antrag ein, während der Vorstand vorschlägt, diese Frage unter Punkt 5, „Aufgaben in der Zukunft“, zu behandeln. Der Antrag Dresden wird abgelehnt und beschlossen, zu Punkt 5 der Opposition einen Korrekturen zu gewähren.

Zum Bericht des Vorstandes spricht zunächst Hah (Berlin). Nach den schweren Kriegsjahren ist der Friedensstand der Mitgliederzahl wieder erreicht. Dieser Erfolg war nur möglich, weil der Verbandsvorstand gleich zu Beginn des Krieges zu scharfen Maßnahmen griff, die damals vielfach Widerspruch auslösten. Die politische Stellung unserer Mitglieder ist grundlegend geändert. Das Proletariat ist gespalten. Wir werden im Verlauf unserer Tagung auch bei unseren Delegierten Meinungen hören, die von der des Vorstandes abweichen. Der Verbandsvorstand und auch der größte Teil der Mitglieder sind auch heute noch von der Wichtigkeit der Gewerkschaften überzeugt. Wir teilen darum die Ansicht der Kommunisten nicht, die die Gewerkschaften als veraltet ablehnen. Die jetzt kritischen sind meist Reulinge in der Arbeiterbewegung denen es nicht schnell genug geht. Man wirft uns von dieser Seite vor, wir hätten den revolutionären Geist der Arbeiterchaft getötet. Wir glauben, daß zur revolutionären Tat bestimmte Voraussetzungen notwendig sind, und die wollen wir mit unserer Arbeit schaffen. Die Grundlage unserer Arbeit ist die neue Wirtschaftsordnung und die Demokratie, auf deren Boden die überproportionale Mehrheit der deutschen Gewerkschaften steht. (Beifall.)

Brall (Berlin) spricht zum Kassenericht. Unsere Kassenverhältnisse hätten sich kaum von dem großen Kampf 1912 erhöht, da brach der Krieg aus. Die statutarischen Bestimmungen mußten aufgehoben werden und erst im Laufe der Jahre konnten die Unterführungen teilweise wieder in Kraft treten. Die Zunahme der Mitglieder hat dann eine Besserung zur Folge gehabt, so daß der Abschluß für das zweite Quartal 1919 ein ziemlich günstiges Bild bieten wird.

Den Bericht des Zentralausschusses gibt Weine (Dresden). Mit dem Hauptvorstand hat stets das beste Einverständnis geherrscht. Eine neue Revisionsordnung wurde ausgearbeitet. Die Mitarbeit bei den wichtigsten Beschlüssen während der langen Berichtsperiode hat die Wichtigkeit des Ausschusses bestätigt.

Zum Bericht der Redaktion spricht Dominid (Braunschweig). Wie zu diesem Teil des Geschäftsberichts gehaltenen Anträge richten sich gegen meine politische Überzeugung. Das ist eine Anerkennung für mich, denn keiner richtet sich gegen meine redaktionelle Tätigkeit. Ich habe meine politische Meinung nicht geändert. Seit 1901 stehe ich auf dem Boden der Tarifgemeinschaften, die ich noch heute vertrete, ebenso die Neutralität der Gewerkschaften. Meine andere gewerkschaftliche Zeitung hat den politischen Meinungsstreit solange aus ihren Spalten ferngehalten, als die „Gewerkschafts-Bresse“. Meine Verteidigung des Hilfsdienstgesetzes hat man mir vorgelesen. Das Hilfsdienstgesetz hat uns durch unsere Mitarbeit die Schlichtungsausschüsse gebracht, denen a. V. der Handlungsgehilfenverband seinen Ausschuss während der Kriegszeit verdankt. Dann habe ich im Januar 1918 gegen Lohnforderungen geschrieben. Das tat ich, weil wir in Verhandlungen um die langerehnte Tarifgemeinschaft standen, die durch die Lohnforderungen nicht zustande gekommen wäre. Mit den Kommunisten gibt es für den Gewerkschaftler keine Einigung, da sie die Gewerkschaften zerstören wollen. Mein Bestreben war es, die Einigkeit der deutschen Gewerkschaften herzustellen. (Lebhafte Beifall.)

Die Anträge Erfurt, Rürth und Gau Frankfurt a. M., die Arbeitslosenunterstützung, die bei Kriegsausbruch gesahlt wurde, nicht von der statutarischen Arbeitslosenunterstützung in Abzug zu bringen, werden beantragt. Nach einigen Ausführungen von Lange (Berlin) tritt Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird in die Aussprache über den Geschäftsbericht und die dazu gestellten Anträge eingetreten. Henschel (Leipzig): Es ist die höchste Zeit, endlich Arbeit für die Zukunft zu leisten. Bei Ausbruch des Krieges stand der Verband vor der Katastrophe. Der Hauptvorstand hat diesen Zusammenbruch geschickt verhütet. Schall (Rürnberg): Die Geschäftsberichte waren zu positiv gehalten, die wirtschaftliche Not der Mitglieder wird die Opposition an der Sprengung der Organisation hindern. Wir müssen die Photostudien in den Kleinstädten organisieren. Albrecht (Berlin): Die Leistungen des Vorstandes verkennen wir von der Opposition auch nicht. Die Spaltung der Arbeiterchaft ist die Folge der Kriegspolitik der Gewerkschaftsführer um Legien. Die Tarifgemeinschaften sind für uns eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Verbandszeitung muß der Sprechsaal für jeden Kollegen sein. Das hat Kollege Dominid nicht beachtet. Wenn jetzt die Arbeiter die Revolution als Lohnbewegung ansehen, so ist das ein Teil Schuld der alten Gewerkschaftspolitik. Dürr (München): Die Kriegspolitik der Gewerkschaften war falsch. Wenn ich auch mit vielen Maßnahmen des Hauptvorstandes nicht einverstanden war, bin ich doch Mitglied der Mehrheit. Der Verbandsvorstand hat Gutes geleistet. Nikolai (Berlin) vertritt den Standpunkt der Opposition. Mauer (Lübeck): Die Kollegen der Zahlstellen Steitin

und Frankfurt a. O. sprechen dem Vorstand ihre Mißtrauen aus. Scheibel (Frankfurt a. M.): Die Kritik ist leicht. Es fragt sich, ob die Kritiker anders gehandelt hätten, wenn sie verantwortlich gewesen wären. Unsere radikalsten Parteigenossen waren im August die größten Kurzaufsteiger. (Sehr richtig!) Jeder muß zugeben, daß der Verband alles getan hat, die soziale Lage unserer Kollegen zu heben. Geher (Berlin): Die Haltung der „Graphischen Presse“ gab viel Anlaß zur Kritik, mit der jetzigen Haltung des Hauptvorstandes sind wir einverstanden. Die Politik der Sozialdemokratie ist die einzig richtige, wir müssen zur alten Gewerkschaftspolitik zurückkehren. Wir müssen aufbauen und dem Kapitalismus Schritt für Schritt den Boden abringen. Karz (Barmen): Die internationalen Beziehungen sind gerade jetzt sehr traurig. Die ausländischen Gewerkschaften unternehmen nichts, um unsere Bemühungen zur Hebung der Valuta zu unterstützen. Der jetzige Export ist nur eine Folge der schlechten Valuta.
Die Verhandlungen werden auf Donnerstag früh vertagt.

Gewerkschaftsbewegung Herr Dikmann als Arbeitgeber.

Der neugewählte Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Robert Dikmann ist in seinem früheren Wirkungskreis Frankfurt a. M. zurzeit noch Herausgeber des Parteiorgans der Unabhängigen, des „Volksrechts“. Angesichts der Tatsache, daß Dikmann als Stadtverordneter bei Forderungen städtischer Angestellter vor einiger Zeit erklärte, „es müsse bewilligt werden bis zum Dalles“, glaubten die im „Volksrecht“ beschäftigten Buchdrucker, daß ihr so bewilligungsreicher Verleger auch ihren eingebrachten Forderungen das nötige Verständnis entgegenbringen würde. Dieser Glaube war um so berechtigter, als die übrigen Frankfurter Tageszeitungen die von den Buchdruckern verlangte Wirtschaftsbeteiligung zur Eindeckung des Winterbedarfs bereits bewilligt hatten. Aber weit gefehlt. Hier war Dikmann ja nicht „radikaler“ Leiter einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, hier war er nicht unabhängiger Oppositionsmann, sondern verantwortlicher Arbeitgeber. Die weniger radikale Verlegerseele gewann über die „Nasenbetuchte“ Verbandsleiterseele den Vorrang und Dikmann lehnte die Forderung „seiner“ Arbeiter glatt ab.

Daß Dikmann sich ganz in der Würde des Arbeitgebers fühlte, dem Gewerkschaftsvertreter ein Grauel sind, bewies er dadurch, daß er, der Vorsitzende der größten deutschen Gewerkschaft, dem Organisationsvertreter der Buchdrucker rundweg erklärte, er werde zu den Verhandlungen der Geschäftsleitung mit den Arbeitern nicht zugelassen.

Offenbar sollten die Buchdrucker des „Volksrechts“ einen kleinen Vorgesmack der „Diktatur des Proletariats“ bekommen, wie sie Dikmann betreibt. Begreiflicherweise sind sie aber mit dieser Theorie und Praxis wenig zufrieden und werden sich wahrscheinlich in ihrer Berufsorganisation mit dem Arbeitgeber Dikmann noch weiter beschäftigen.

Die hannoverschen Metallarbeiter zum Verbandstag.

In zwei stark besuchten Versammlungen nahmen die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter in Hannover den Bericht über den Verlauf des Verbandstages in Stuttgart entgegen. Nach lebhafter Diskussion wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung der Verwaltung Hannover des Deutschen Metallarbeiterverbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der jeden Gerechtigkeitssinn vermissenlassenden Haltung der Mehrheit auf der 14. Generalversammlung in Stuttgart. Auf äußerste bedauert sie, daß der Verbandstag in Bezug auf Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen völlig versagt hat. Die Versammlung erwartet, daß die neue Verbandsleitung sich bemüht ist, daß die Interessen der Mitglieder nur gewahrt werden können unter Beobachtung dessen, was den Verband groß und stark gemacht hat. Etwasige Versuche, den Verband einer bestimmten politischen Richtung dienstbar zu machen, werden wir mit aller Energie bekämpfen.

Des Weiteren wurde ein Antrag, den seit dem 15. August d. J. gültigen Tarif für die hiesige Metallindustrie zu kündigen, mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt. Dafür aber einem Antrag der Ortsverwaltung zugestimmt, eine Feuerungszulage auf die bestehenden Verdienste in Höhe von 25 Pfennig pro Stunde von den Arbeitgebern zu verlangen, mit Wirkung von Anfang November an.

Wo die Organisation fehlt!

Die Verkäuferinnen in den Bäckereien gehören zu den schlecht-bezahltesten Arbeitskräften. Die Zeit der Revolution ist spurlos an ihnen vorübergegangen, werden doch noch Löhne von 25.- M. und 30.- M. monatlich gezahlt. Bei der Firma Goldacker erhalten die Verkäuferinnen nach Abzug der Versicherungsbeiträge noch 35.- M. und freie Wohnung, für Kost erhalten sie täglich 2.- M. Wie sich diese Mädchen täglich für 2.- M. beschäftigen können, ist wohl Geheimnis der Firma. Die achtstündige Arbeitszeit wird wohl in keinem Geschäft eingehalten. Gehen doch in den meisten Fällen

die Verkäuferinnen als zur Familie gehörig, um sie desto besser ausnützen zu können. Aber auch diese so kundschaftlichen Löhne sind den Bäckermeistern noch zu hoch, man stellt einfach Lehrfräulein ein; ob dieselben bei der Menge der Lehrfräulein auch später Stellung als Verkäuferinnen erhalten, kümmert die Bäckermeister nicht. Ja, man ist noch schlauer und engagiert sich eine Stütze, die kann die Kinder beaufsichtigen, kochen, waschen, flicken und geht auch in den Laden, dabei ist sie in ihren Ansprüchen so bescheiden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren versucht nun seit mehreren Monaten mit dem Zentralverband der Bäckermeister über einen Tarifvertrag der Verkäuferinnen zu verhandeln; trotzdem den Bäckermeistern bei der letzten Brotpreisfestlegung auch Verkaufspreise betwängelt sind, haben sie bisher jede Verhandlung vereitelt und verlangen höhnisch, der Verband solle erst nachweisen, wieviel Verkäuferinnen organisiert sind.

Recht Ihr Verkäuferinnen nun, warum Ihr so entrechtet seid? Schließt Euch deshalb Eurer Organisation an, dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Berlin SO., Engelauer 14/15, damit auch für Euch endlich einmal geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Gegen die Organisationszerplitterter.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Groß-Berlin, erhalten wir folgende Zuschrift: In den Betrieben der Gasanstalten wird für eine am Sonntag, den 23. November, stattfindende Gasarbeiter-Versammlung Propaganda getrieben. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß die zuständige Organisation damit nichts zu tun hat. Es wird aber in den nächsten Tagen zu einer allgemeinen Gasarbeiter-Versammlung, die sich mit der Einreihung der Gasarbeiter in den Lohnstufen beschäftigt wird, aufgerufen werden.

Strombremse und angeschlossene Betriebe. Die Ausschaltung der Streikunterstützung für die noch streikenden Kollegen findet am Freitag, den 21. November, von 10-12 Uhr in folgenden Lokalen statt. Gruppe I u. II: Reigl, Kronprinzstr., Ecke Bielefeldstr.; Gruppe III, IV und V: Döppeler, Alt-Borsig, Ecke Böhmlingstr. Die Ausschaltung für die in Arbeit stehenden Kollegen wird noch bekanntgegeben.

H. G. W. Hennigsdorf. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen folgender Abteilungen: Hähmann, Hammelauer, Fischer (Kesselflämme), Schent, Biering, Kumpen, Wolf, Friebe, Raumann, Müller, Otto, Schulz, Senzel, Kleib, Klein, Hooser, Raul, Krichstein, Korb, und Verbandlager und die gesamte Kantine melden sich Freitag früh 9 Uhr Verkehrs Arbeitsaufnahme am Tor 1. Die Streikunterstützung für diese Kollegen wird demnach bei Probe nach Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt. — Sonnabend, 11/12 Uhr, Betriebsversammlung der Flugzeug-Fabrik in Hennigsdorf bei Riesaer.

Soziales.

Zur Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern.

Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums haben sich Kriegsteilnehmer, die von dem zu ihrer Wiedereinstellung verpflichteten Arbeitgeber wegen angeblichen Mangels an Beschäftigung nicht eingestellt worden waren, mehrfach erst nach Monaten an den Schlichtungsausschuss gewandt. Selbst wenn dieser nachträglich feststellt, daß der Arbeitgeber zur Zeit der Meldung zur Wiedereinstellung verpflichtet war, so erhält dadurch doch nicht ohne weiteres der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Zahlung der entgangenen Vergütung für die Zeit bis zu dem im Schlichtungsausschuss festzustellenden Einstellungstage, der stets erst nach der Fällung des Schlichtungsspruches liegen kann. Vielmehr stellt sich der Anspruch auf Vergütung für die zurückliegende Zeit als Schadensersatzanspruch dar, der nur dann gerichtlich ist, wenn den Arbeitgeber ein Verschulden trifft (§ 823 BGB.). Dieses Verschulden muß ausdrücklich von dem Schlichtungsausschuss festgestellt werden. Auch etwa mitwirkendes Verschulden des Arbeitnehmers, das namentlich darin liegen kann, daß er sich während längerer Zeit nach der Meldung nicht um die Wiedereinstellung bei dem Arbeitgeber oder um sonstige Arbeitsbeschaffung gekümmert hat, muß berücksichtigt werden, ebenso die Verminderung des Schadens durch die empfangene Erwerbslosenunterstützung und etwaigen Arbeitsverdienst in der Zwischenzeit. Der Schlichtungsausschuss kann also nicht ohne weiteres den Einstellungstag zurückverrücken, sondern muß streng unterscheiden zwischen dem zeitlich nach dem Schlichtungsspruch liegenden Einstellungstage, von dem an die volle Vergütung läuft, und dem Schadensersatz für die zurückliegende Zeit. Das gleiche gilt bei ungerechtfertigter Entlassung unter Verletzung der Vorschriften der Verordnung vom 4. und 24. Januar 1919 sowie der vom 3. September 1919.

Wetterausblicken für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Jemlich mild, veränderlich, aberniegend bewölkt, mit weitverbreiteten im Nordwesten vielfach starken, in den anderen Gegenden schwächeren Regenfällen.

Verantwortl. für den Redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin Verlag; Formdrucker: Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdrucker- und Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 8, Ecke 2. Verlag.

Wichtigste Sie in
Ihrem eigenen Interesse
von Ihrem Buchhändler zu verlangen
Romane von
E. G. Kolbenheyer
Georg Müller Verlag München

WOTAN
gasgefüllt
Die bevorzugte Glühlampe

Gefälschte Bilanzen.

Mit einem Gefühl herzlichster Schadenfreude haben die reaktionären Blätter vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“ als Festbeitrag zum „Tag der deutschen Schande“, dem „schwarzen Tag der deutschen Geschichte“, dem 9. November, „Bilanzen“ des ersten Revolutionsjahres gebracht. Die der Kaufmann den Stand seines Unternehmens am besten überblickt, wenn er an einem Stichtag links die Aktiven und rechts die Passiven aufstellt, jede Reihe summiert und durch Subtraktion den Saldo feststellt, der Gewinn oder Verlust bedeutet — warum soll das für das politische Geschäft des Staates nicht auch anwendbar sein? Jeder Kaufmann weiß aber, daß eine Bilanz, in der diverse Aktiv- und Passivposten „vergessen“ oder unrichtig eingetrag sind, eine falsche Bilanz ist, und der Staatsanwalt bezeichnet Bilanzen, in denen solche materiellen Falschheiten absichtlich vorgenommen sind, als gefälschte Bilanzen.

Mit solchen gefälschten Bilanzen haben wir es in der reaktionären Presse zu tun. Sie sind schon von weitem als solche erkennbar, weil gleich am Anfang ihr Kopf gefälscht ist. Es steht nämlich darüber: „Bilanz des ersten Revolutionsjahres“, während es richtiger heißen müßte, weil die Revolution mit diesen „Tatsachen“ herzlich wenig zu tun hat, das Entscheidende hingegen der Kriegszusammenbruch ist: „Bilanz des ersten Jahres nach dem Zusammenbruch des Krieges“. Oder es steht über den Aktiven: „Vor der Revolution“ und über den Passiven: „Ein Jahr nach der Revolution“, während es wahrheitsgemäß heißen müßte: „Beim Zusammenbruch“ und „Ein Jahr nach Zusammenbruch“.

Es ist die alte Wangentafel: sie, die Haupttreiber des Krieges, die wahren Urheber der Revolution, stellen sich selber mit ihrer eigenen unheilvollen Tätigkeit plündernd, und stellen zweitens auch die Folgewirkungen dieses Treibens als tot, als nicht wirkend hin, unterschreiben vielmehr diese Wirkungen einer Stelle, die damit im Grunde wenig zu tun hat, sondern die in Wahrheit nur Testamentsvollstrecker und Konkursverwalter ist: der Revolution.

Zu dem falschen Kopf dieser Buchführung gefellen sich die offensiblen Fälschungen des materiellen Inhalts. So rubriziert die „Deutsche Tageszeitung“, um nur einige Posten herauszugreifen, unter dem Posten „Ernährungsnot“ als „Revolutionserreignisse“ die Steigerung 1918 zu 1919 beim Rindfleisch von 450 auf 950 Pf. pro Kilogramm, beim Zucker von 90 auf 200 Pf., bei der Milch von 43,8 auf 80 Pf. und beim Weizenmehl von 423 M. auf 593 M. pro Tonne. Sie stellt also als den Schuldigen bei dieser enormen Verteuerung die Revolution hin. Das laubere Blatt verschweigt nicht nur, daß diese Preissteigerung nicht nur auf sein eigenes Vetreiben erfolgt ist, sondern auch, daß ihm diese Steigerung noch lange nicht hoch genug gewesen ist, schrieb es doch in seiner eigenen Nr. 337 vom 12. Juli 1919 unter der Überschrift „Die Getreidepreiserhöhung“ am Schlußes wörtlich: „Aus den Verhandlungen ergab sich, daß besonders die Sozialdemokraten und ein Teil des Zentrums noch immer nicht der Landwirtschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen.“ Als diese „Gerechtigkeit“ hatte der agrarische Wortführer, der deutsche nationale Abgeordnete Dr. Semmler, Außenfreund und rechte Hand der „Deutschen Tageszeitung“, in der Weimarer Sitzung vom 11. Juli noch weit höhere Preise gefordert und wörtlich gesagt: „Worum will man die Landwirtschaft schlechter behandeln als Industrie und Gewerbe, denen sofort höhere Preise bewilligt werden?“

Es ist doch eine unfaßbare Ueberstrenghheit, daß diese nimmerlatten Preistreiber nun heute daherkommen und für Preissteigerung ausgerechnet die — Revolution feilsagen wollen, wo sie selber ans Kreuz genagelt werden müßten! Noch heute schreiben die Wortführer der „Deutschen Tageszeitung“, die in ihrer „Revolutionsbilanz“ die abnorme Verteuerung der Lebensmittel als eine revolutionäre Verurteilung, eine revolutionäre Sündenfrucht hinstellt, nach weiterer Preiserhöhung. So in ihrer Nr. 554 vom 5. November 1919, Abendblatt, wo Hans Eder zu Puttkämper, Br. Bankow auf den immer noch „gänzlich ungenügenden Zuckerrübenpreis“ hinweist und auch bei der Milch, wo der Literpreis schon auf 80 Pf. gestiegen ist, von einer „runden Preispolitik“ spricht. Wird doch in den Kreisen der „Deutschen Tageszeitung“ ein Milchpreis von 1,50 M. und für den Zucker den „Weltmarktpreis“ von 6—8 M. als „angemessen“ gefordert.

Und diese selbe Gesellschaft wagt es, dem Volke solche Revolutionsbilanzen voll Falschheit und Niedertracht aufzustellen! Man kann die moralische Entartung jener Kreise nicht tief genug hängen. Oder gehört eine solche feilsche Verkommenheit am Ende gar auch in die Passiven der „Revolutions“-Bilanz? Die Fälscherkunststücke der „Deutschen Tageszeitung“ bringen alles fertig.

Sie schließen die Gasthäuser.

In einer Verammlung der Gast- und Hotelwirte, Gasthaus- und Konditoreibesitzer wurde beschlossen, die schon früher kundgegebene Absicht, vom 1. Dezember ab alle gasgwerdlichen Betriebe Braunschweigs zu schließen, nunmehr zu verwirklichen. Vom 1. Dezember morgens ab sollen alle Hotels, Gasthäuser, Gast- und Schenkwirtschaften, sämtliche Kaffeehäuser, Konditoreien, Ball- und Konzertsäle so lange geschlossen gehalten werden, bis der Ernährungsminister die gegen das Gastwirts-gewerbe erlassenen scharfen Maßnahmen zurücknimmt.

Wir hatten seinerzeit auf das unmögliche Verhalten der Braunschweiger Gastwirte hingewiesen, die durch ihren Beschluß zahlreiche Angestellte und Arbeiter brotlos machen. Es geht aus der Mitteilung nicht hervor, auf welche Ursache die Mißstimmung der Braunschweiger Besitzer zurückzuführen ist; in jedem Falle oder erscheint es als höchst taufelnswert, durch derartige Maßnahmen eine Aenderung der vom Ernährungsministerium getroffenen Anordnungen erzwingen zu wollen. Es ist zu hoffen, daß bis zum 1. Dezember eine Regelung der Angelegenheit erfolgt, die, ohne zu den schärfsten Maßnahmen zu greifen, die Interessen beider Parteien berücksichtigt.

Zwei Anfragen.

Zwei für die Beamten außerordentlich bedeutungsvolle Anfragen haben die Genossen Scheidemann und Steinkopf an die Reichsregierung gerichtet.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit der Amnestie vom 16. Februar des Jahres, die im Anschluß an die große allgemeine Amnestie vom 3. Dezember 1918 für die Disziplinarvergehen der preussischen Beamten erlassen wurde. Der wesentliche Teil der Anfrage lautet:

Eine gleiche Amnestie, die allerdings umfassender sein sollte, war für die Reichsbeamten vorgesehen. Bestimmten Nachrichten zufolge stand diese Amnestie Anfangs April vor der Beschlußfassung im Kabinett. Seitdem ist über sie nichts mehr laut geworden. Auch alle Bemühungen, sie zum Abschluß zu bringen, haben keinen Erfolg gehabt.

Ist die Reichsregierung bereit, die Gründe anzugeben, welche das Zustandekommen der Amnestie verhindert haben, oder steht eine entsprechende Gesetzesvorlage an die Nationalversammlung noch zu erwarten? Und wann?

Die zweite Anfrage behandelt gleichfalls Beamtenfragen. Sie verweist auf das Einsichtsrecht der Beamten in ihre Personalnachweise, das durch Artikel 129 der Reichsverfassung gewährleistet ist. Die Anfrage, die ebenfalls von den Genossen Scheidemann und Steinkopf gestellt ist, verweist auf die Bedeutung dieses Rechtes und fährt fort:

Trotzdem seit Inkrafttreten der Verfassung nun mehr als Monate ins Land gegangen sind, ist noch nichts bekannt geworden, daß seitens irgendeiner Behörde die Offenlegung der Personalakten erfolgt sei. Im Gegenteil sind alle diesbezüglichen Anträge von Beamten unter Hinweis auf die bevorstehende generelle Regelung der Frage abgelehnt worden.

Bedinglich eine Pressenotiz, von der man nicht weiß, ob sie amtlichen Charakters ist, hat sich mit der Frage beschäftigt und von neuem große Unruhe in die Beamten-schaft getragen. Sie besagt in ihrem entscheidenden Teil:

„Das Einsichtsrecht bezieht sich auf Personalakten, die vor November 1918 geführt worden sind. Ältere Akten vor November 1918 sollen geschlossen werden.“

Diese Auffassung der Offenlegung der Personalakten würde weder der Verfassungsbestimmung noch den Absichten und Beschlüssen der Nationalversammlung in irgendeiner Weise gerecht werden.

Wir fragen:

1. entspricht die in der Notiz dargelegte Stellungnahme zu der Frage der Einsichtnahme in die Personalakten den Ansichten der Reichsregierung,

2. von welchem Zeitpunkt ab gedenkt die Reichsregierung den Beamten die Ausübung dieses ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechtes zu gestatten?

Es ist zu hoffen, daß die Antwort der Reichsregierung auf diese Fragen, die für die Beamten von weitesttragender Bedeutung sind, geeignet ist, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten zu sichern und sie damit vor den in die Republik hinüberwuchernden Einrichtungen der Militärmonarchie zu schützen.

Grenzen des Gastrechts.

Es widerspricht meiner Gewohnheit, auf jede Erwiderung nochmals zu erwidern, indes zwingt mich Genosse Davidsohn, der auch am Kern des Problems vorübergeht, zu einer kurzen und letzten Bemerkung. Es ist denn doch eine Verkennung der Begriffe, wenn man Heine, Wedel, Bernstein und Richard Fischer mit den Ausländern vergleicht, die ich mit meinen Ausführungen treffen wollte. Diese sind gar keine Flüchtlinge, die von der heimischen Reaktion vertrieben werden und ins Exil müssen. Oder will man das, was in Ausland zurzeit regiert, „Reaktion“ nennen? Damit wären die Bolschewiki wohl nicht zurück. Rein, hier handelt es sich um Phantasten, die freiwillig und ohne Grund ihre Heimat verlassen, um in anderen Ländern den Bürgerkrieg zu schüren und unglückliche Nationen vollends in den Abgrund zu stürzen, nachdem sie ihr eigenes Land in Grund und Boden ruiniert haben. Heine, Wedel und Bernstein waren Sozialisten, die den rein geistigen Kampf um die Durchsetzung ihrer Weltanschauung führten, die eine Idee hatten und so stark auf die Sieghaftigkeit dieser Idee vertrauten, daß sie auf Handgranaten und ähnliche durchschlagende Argumente verzichteten konnten. Injere Strahlen sind gefällig vom Bürgerblut, namenloses Unglück ist über weite Kreise des Volkes gekommen durch eine Gruppe von Menschen, deren beste zweifellos von Idealismus getrieben sein

Erzbergerprozeß vertagt.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Erster Staatsanwalt Weidmann: Der Angeklagte gibt zu, daß er keinen Vorwurf zu Unrecht erhoben. Seine heutige Erklärung, daß ihm in der Hast der Arbeit der Irrtum unterlaufen sei, kann nicht als genügend angesehen werden, um einem Menschen die Ehre abzusprechen. Da genügt die Entschuldigung mit der „Hast“ nicht, namentlich einem Mann gegenüber, der an so hervorragender Stelle steht. Mit dem Angriff gegen diesen Mann wird

die ganze Regierung getroffen

und vor dem Auslande diskreditiert. Wenn schon einem gewöhnlichen Manne gegenüber solche Verleumdung außerordentlich schwer wiegt, so ist das hier doppelt der Fall. Dazu kommt, daß die Angriffe gegen Herrn Erzberger in der Zeitung des Angeklagten an der Tagesordnung sind und deshalb hat der Angeklagte die doppelte Pflicht, besonders behutsam und vorsichtig vorzugehen. Der Entschuldigungsgrund des Angeklagten kann deshalb nicht ausschlagend sein. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß der Angeklagte seinen Irrtum zugegeben hat und der Minister Erzberger lediglich aus politischen Gründen ein Urteil verlangt, beantrage ich nur eine

Geldstrafe von 200 M.

event. 40 Tage Gefängnis.

In seiner Verteidigungsrede bestreitet Rechtsanwalt Niebold, daß die ganze Regierung angegriffen werden sollte. Die Regierung habe doch auf der Pressekonferenz jene Erklärung abgegeben lassen, die tatsächlich unrichtig sei. Es sei nicht wahr, daß die Entschuldigung von privater Seite gegeben worden sei. In seinen weiteren Ausführungen bemerkt der Verteidiger, daß, wie heute unter Beweis gestellt worden sei, gerade gegen die Worte:

„Wahrheit und Klarheit“

unter denen die Nationalversammlung den Ausschuß eingesetzt habe,

mochten, deren Idealismus aber zum Verbrechen ausarten mußte, nachdem es zum „Mißgeburts der Barbaren“ griff, um sich durchzusetzen. Und das in einem Lande, das vor Jammer und Not in seiner tiefsten Tiefen ergriffen. Versteht Genosse Davidsohn jetzt, wo ich hinaus will? Steht er ein, daß der Vergleich mit Wedel, Bernstein und Fischer hinkt? Für Flüchtlinge, von der Reaktion Gehege haben wir immer noch eine Zuflucht in Deutschland, für Gewaltmenschen aber, die uns eine landfremde, verrückte Idee mit allen Mitteln aufzwingen wollen, halten wir die Türen verschlossen. Noch einmal: sie sollen zuerst ihr Land in bolschewistische Paradiese verwandeln. Wenn ihnen dies gelungen ist, rufen wir sie. Bis dahin wollen sie uns aber glütig mit ihrem Wirken verschonen.

Fritz Spiegelberg.

Lebenshaltungs- und Preisstatistik.

In engster Fühlung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands und den einschlägigen Berufsverbänden ist das Reichsarbeitsministerium dem Plan einer großräumigen Lebenshaltungs- und Preisstatistik nähergetreten; eingehende Beratungen mit dem Statistischen Reichsamt, den Statistischen Landesämtern der größeren Länder und der Vertretung der Städte-statistik haben einen festen Plan für die Erhebungen, die schon in nächster Zeit stattfinden sollen, geschaffen. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, sichere Maßstäbe für die Beurteilung der Teuerung an den einzelnen Plätzen zu schaffen, um daran die immer mehr zentral verlaufende Lohn- und Tarifvertragspolitik zu orientieren. Während die Beschaffung des Materials für die Lebenshaltungsstatistik in die Hand der größeren Gemeinden gelegt wird, knüpft die Lohnstatistik an das allein zuverlässige Material, die Lohnlisten der Unternehmungen, an. Indem die Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre berufenen Organe bereits an der Erhebung sowohl der Lebenshaltungs- als auch der Lohnstatistischen Unterlagen Anteil haben, wird der Statistik die unbedingt Vertrauenswürdigkeit bei allen Beteiligten gesichert, die bei keinem früheren ähnlichen Unternehmen erreicht werden konnte. Die Statistik, die in kurzen Zeiträumen wiederholt werden soll, wird zweifellos mit der Zeit eine unentbehrliche Grundlage der gesamten Sozialpolitik werden.

Deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau.

In einer von den freien Gewerkschaften einberufenen stark besuchten Versammlung in Köln erklärte der Referent R. u. h. daß augenblicklich in Nordfrankreich 250 000 deutsche Gefangene beim Wiederaufbau beschäftigt seien. Es wurde eine Entschließung angenommen, die besagt: Da die Gefangenen nicht vor Entsetzen des Erbes aus Deutschland freigelassen werden, so erkläre die deutsche Arbeiterschaft sich bereit, die Kriegsgefangenen durch freie Arbeiter abzulösen und tatkräftig am Wiederaufbau des zerstörten Frankreich mitzuarbeiten. Die Erklärung soll alsbald der Berliner Regierung, der deutschen Waffenstillstandskommission Düsseldorf und dem Reichskommissar in Koblenz zur Weiterleitung an die alliierten Mächte, an Marschall Foch und an die hohe Kommission für die besetzten Gebiete zugestellt werden.

Die Randstaaten.

B. L. W. meldet aus Helsinki: Bei den Dorpat Verhandlungen zwischen dem Bolschewikvertreter Litwinoff und den Randstaaten am 17. und 18. November ist Uebereinstimmung über den Geseiselaustausch erzielt. In der Friedensfrage ist hauptsächlich wegen hoher Forderungen seitens der Bolschewiken vorläufig nichts Greifbares erreicht worden. Hiermit wird die erwartete frühe Abreise der polnischen Vertreter in Zusammenhang gebracht. Der Wunsch der Randstaaten nach Frieden scheint stark zu sein. Die baltischen Staaten fürchten weniger die Bolschewiken als das künftige Rußland, durch das sie ihre Selbstständigkeit zu verlieren fürchten. Hierin werden sie durchaus von der Entente unterstützt, namentlich von England, das im Politi-kum finanziell bereits stark beteiligt ist. Der estnische Minister des Äußeren Rip teilte nunmehr der Presse ausdrücklich mit, daß die Nordwestarmee (Judenitisch) beim Vortreten des estnischen Gebietes einzuweisen bzw. unter estnischen Befehl neu formiert werden würde. Alles deutet darauf hin, daß Estland und Lettland die Liquidierung der antibolschewistischen russischen Truppen wünschen und die Verteilung so lange als notwendig selber führen wollen.

Die englischen Kriegsschiffe in der Ostsee kehren heim, um die Heimreise noch vor dem Zufrieren des Baltischen Meeres zu bewerkstelligen.

von der Regierung verstoßen worden sei. Wenn sich der Angeklagte geirrt hat, so muß er eben dafür bestraft werden, es ist dabei aber zu berücksichtigen, daß er aus einem warmen nationalen Empfinden heraus gehandelt hat. Dies alles ist bei Abmessung der Strafe zu berücksichtigen.

In einer kurzen Bemerkung erklärt Staatsanwaltschafts-Rat Weidmann, daß er es geflissentlich vermieden habe,

politische Erörterungen

in sein Waidogher Lineinzutragen. Wenn der Angeklagte die jetzige Regierung bekämpft, so kann er dies in den Spalten seiner Zeitung ungehindert tun. Hier handelt es sich aber um eine persönliche Ehrenkränkung, und wenn der Angeklagte einem Menschen vorwirft, er sei ein Lügner, so hat er — ganz gleich, ob es sich um einen Minister handelt oder nicht — auch dafür einzutreten.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes erklärt Landgerichtsdirektor Dr. Weigert: Mit Rücksicht auf den allgemeinen Strafanzug des Reichsfinanzministers hat das Gericht gemeint, daß auch der letzte Satz des Artikels, „Herrn Erzberger kommt es auf eine Lüge mehr oder weniger nicht an“ geprüft werden muß. Rechts-anwalt Barras: Bezüglich der Behauptung des Artikels: „Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es nicht an“, tritt die Verteidigung den Wahrheitsbeweis an, daß

der Finanzminister Erzberger in mindestens sechs Fällen die Unwahrheit gesagt hat.

Die einzelnen Punkte, es handelt sich hauptsächlich um vier, sind folgende:

1. Die bekannte Reichstags-Resolution vom 6. Juli 1917. Erzberger behauptet, über diese Aktion alle Beteiligten informiert zu haben, während tatsächlich alle Teilnehmer überrascht worden seien und Weidmann Hollweg erklärt habe, er sei förmlich überfallen worden. Der zweite Punkt geht dahin, daß E. wahr-

Heldwirdig behauptet habe, Weismann Hollweg habe die Bedenken gegen die Hefferrichschen Steuerprojekte fallen gelassen. Der dritte Punkt betrifft das angebliche Friedensangebot, welches E. in der großen Reichstagsrede vom 25. Juli 1919 erwähnt hatte. Der vierte Punkt endlich betrifft eine Unterredung vom 28. Oktober 1919, in welcher E. wahrheitswidrig behauptet habe, der Abg. Warburg habe seine Bedenken gegen den Depotzwang fallen gelassen. In diesen Punkten beantragt die Vertretung die Lobung der Zeugen Weismann Hollweg, Dr. Hefferrich und Spahn.

Erster Staatsanwalt Weismann: Wenn nach der Meinung des Gerichts auch der dritte Punkt erörtert werden soll, gilt selbstverständlich mein Strafantrag nicht mehr, denn dann würde eine ganz andere Beurteilung meinerseits die Folge sein. Wenn das Material, was hier vorgebracht wird, alles ist, um den Vorwurf der Lüge zu rechtfertigen, so muß ich doch sagen: es ist außerordentlich möglich, es ist geradezu lächerlich, wenn man damit jemand als gewohnheitsmäßigen Lügner hinstellen will. Es werden keine Tagesgespräche eines Abgeordneten herausgegriffen, die ein Mann in zwanzigjähriger politischer Tätigkeit mal gehabt haben soll. Herr Zeuge Eraberger ist in der Lage, jeden einzelnen Punkt zu entkräften. Sollte dies nicht genügen, dann müßte allerdings auf den Zeugniseid eingegangen werden.

Minister Eraberger gibt hierzu eine längere Erklärung ab, in der er u. a. folgendes ausführt: Möglichst der Friedensresolution ist mir der Vorwurf gemacht worden, ohne mit den maßgebenden Stellen vorher gesprochen zu haben, jene Rede gehalten zu haben. Ich erwidere darauf, daß ich

tatsächlich mit Herrn Weismann Hollweg, Herrn Dr. Solf, Dr. Roeske und einer Reihe anderer leitender Männer gesprochen habe.

Bezüglich des zweiten Punktes, „Friedensangebot“, will ich betonen, daß das Gericht hier sehen kann, in welcher leichtfertiger Weise fortgesetzt gegen mich gearbeitet wird.

In dem ganzen stenographischen Bericht, den ich hier niederlege, ist kein Wort vom Friedensangebot, sondern es wird nur von Friedensmöglichkeiten ufm. die Rede. Weismann steht es bezüglich der beiden anderen Punkte. Tatsächlich hat Weismann Hollweg meine Bedenken geteilt, da eine Annahme der indirekten Steuern eine Gefährdung des Burgfriedens mit sich bringen könne und tatsächlich habe ich in einer Unterredung mit dem Abg. Warburg den Eindruck gewonnen und auch noch meiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß wir in allen Punkten, mit Ausnahme des Reichsnotopfers, einig seien.

Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß die bisherige Verhandlung ergeben habe, daß dieser sich in verschiedenen Punkten erheblich geirrt

habe. Er frage deshalb als Vorsitzender, ob der Angeklagte nicht jetzt ausreichende Erklärungen abgeben wolle, damit die ganze unerquickliche Angelegenheit dann durch Rücknahme des Strafantrages in letzter Weise aus der Welt geschafft werden könnte.

Rechtsanwalt Riebel gibt nach Rücksprache mit dem Angeklagten die Erklärung ab, daß eine Erklärung wie die gewünschte nicht abgegeben werden könne, da unter Beweis gestellt werde, daß die Tatsachen anders sind.

Erster Staatsanwalt Weismann bittet, die Lobung der Zeugen abzulehnen, da die Sache durch das eidliche Zeugnis des Ministers sowie durch die vorgelegten stenographischen Berichte genügend geklärt sei. Die ganze Aktion lasse deutlich erkennen, daß

dem Minister ein Strich gebrecht werden soll und er aus seinem Amt gedrückt werden solle.

Von Rechtsanwalt Riebel wird noch der Fall von Voebell zur Sprache gebracht, in welchem Eraberger ebenfalls falsche Angaben gemacht haben soll.

Der Vertreter der Anklage erklärt, daß er der Verteidigung nur dankbar sein könne, daß sie diesen angeblichen, übrigens zwölf Jahre zurückliegenden „Fall“ zur Sprache gebracht habe, und macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß er es für seine Pflicht halten würde,

wenn die von dem Angeklagten angetretenen Beweise misslingen, die Höchstzulässige Gefängnisstrafe zu beantragen.

Nachdem noch der Zeuge Eraberger und die Verteidiger längere Ausführungen gemacht haben, erklärt der Angeklagte, daß ihm eine persönliche Beleidigung des Zeugen Eraberger ferngelegen habe, aber es handele sich in allen diesen Dingen um Fragen von höchster politischer Bedeutung. — Das Gericht zieht sich hierauf zur Beratung zurück.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Wolpert: Der Gerichtshof hat nunmehr beschlossen:

Die Sache ist zu verurteilen und zu einem neuen Termin sind die bruto geladenen Zeugen zu laden, ferner die in dem Schriftstück der Verteidigung angegebenen Zeugen, nämlich: Reichsfinanzler a. D. Weismann Hollweg, Staatssekretär a. D. Dr. Hefferrich, Staatssekretär a. D. Graf Roehren, Staatssekretär a. D. Dr. Solf, Landesgerichtspräsident Dr. Spahn, Dr. Warburg und Dr. Waldstein.

Deutsche Nationalversammlung.

114. Sitzung, Donnerstag, den 20. November.

Am Regierungstisch: Vell, Roste, Wiesbert. Auf dem Platte des verstorbenen Abgeordneten Erberger (Zentrum) liegt ein großer grüner Kranz. Das Mitglied der Nationalversammlung Abg. Panzer (Soz.) hat kein Mandat niedergelegt.

Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung um 8.20 Minuten mit folgenden Nachrufen, während das Haus sich von den Plätzen erhebt:

Meine Damen und Herren! Während der parlamentarischen Pause ist die Nationalversammlung von zwei sehr schmerzlichen Trauerfällen heimgesucht worden. Am 7. November starb unter großer Anteilnahme des Volkes, Seiner hervorragenden Befähigung und Arbeitskraft, sein unermüdetes Eintreten für seine politischen Ideale, seine freundliche Kollegialität gewannen ihm das Vertrauen aller und sichern ihm ein ehrendes Andenken bei der deutschen Volksgemeinschaft. Er starb eines tragischen Todes durch die Hand eines Mordwürgers auf dem Gang zum Reichstag, um dort in einer wichtigen politischen Angelegenheit die Stellung seiner Fraktion zu begründen.

Gestern verschied plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser Kollege Erberger. Er gehörte ein volles Menschenalter dem Reichstage an, seit dem Jahre 1887, und hernach der Nationalversammlung. In dem letzten Jahre bekleidete er das Amt des ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion. Er war unstreitig einer der arbeitsfreudigsten Mitglieder des Parlamentes, aus dessen Feder ausgezeichnete Berichte über die wichtigsten Gesetzgebungsarbeiten flammten. Er galt als der beste Kenner der parlamentarischen Geschäftsordnung. Er war ein immer wirkungsvoller Redner für die Rechte und die Wohlfahrt des Volkes, bei seinem selbstlosen Charakter hatte sein gewichtiges Wort immer volle Wirksamkeit auch weit über die Grenzen seiner eigenen Fraktion hinaus. Er starb bei seinem ersten Ausgange nach einem schweren Unfall im Reichstagsbüro in den Armen des Bureau Direktors, als er sich dort um unsere künftigen Aufgaben erkundigte. — Sie haben sich zum ehrenden Andenken der beiden heimgegangenen Kollegen von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

Darauf werden 150 Beifallskräfte ohne Aussprache nach den Vorschlägen der Ausschüsse bis auf eine erledigt, über die im Begleit zum Vorschlag des Ausschusses auf Verdrängung zur Tagesordnung übergegangen wird. Die Tagesordnung ist erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: 87 kleine Anträge, Wahlprüfungen, Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft. Schluß 4 Uhr.

Ziehung unwiderruflich

am 26. und 27. November. vom 8. bis 10. Dezember.

Frankfurter Lotterie		Rote Kreuz-Geld-Lotterie	
100 000 Lose	4155 Gewinne	545 454 Lose	17 851 Gewinne
Gesamtsw. der Gewinne Mark:		Hauptgewinne von Mark:	
100 000	100 000	100 000	100 000
Höchstgewinn	60 000	Höchstgewinn	50 000
Hauptgewinn	50 000	Hauptgewinn	30 000
Lose zu 3,00 M.	Porto und Liste 50 Pfennig extra	Lose zu 3,60 M.	Porto und Liste 50 Pfennig extra
10 Lose Brieftasche 30 M.	in loser Brieftasche 30 M.	10 Lose einschließlich Porto 36 M.	in loser Brieftasche 36 M.
Eine feine Brieftasche mit 5 Frankl. und 2 Rote-Kreuz-Losen 23 M. einschließlich Porto und 2 Listen.			

Gustav Haase Nachf. (Inh. K. Schwarz), Berlin, Neue Königstr. 86 u. Neanderstr. 38

Zahn völlig taubl

war nach dem Wonn im Folge der Quarzkrankheit alveolaris arcaia geworden. Verschlebung sehr tute Mittel hatten vollkommen versagt. Eine weitere Rur erlösten auszuheilen. — Mit Hilfe von Reichel's Quarztraumesser „Wiel“ u. der Heru-Kamm-Plombe ist der Zahnwurz wieder voll und taubl mit Hilfe von Reichel's Quarztraumesser „Wiel“ u. der Heru-Kamm-Plombe ist der Zahnwurz wieder voll und taubl mit Hilfe von Reichel's Quarztraumesser „Wiel“ u. der Heru-Kamm-Plombe ist der Zahnwurz wieder voll und taubl

Kronen, Brücken, Plomben

Zähne in 1 Tag
(ca. 100 Ausführungen.)
Evtl. Zahlungsvereinfachung auch für Kassennutzer.
Dir. Köpfe's Zahnarzt-Institut
1. Magdeburger Straße 28, Ecke Lützowstraße,
Kurf. 1230. 2. Alexanderstr. 14b. 3. Kantstr. 49.

Max Ziegenhals

Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Zigarren, Zigaretten en gros.
Berlin C, Poststraße 12
Fernsprecher: Zentrum 8790 und 2977.

Yohimbinecitrin

Auf wissenschaft. Grundlage aufgebautes Kräftigungs- 30 bis 125 Portionen. Verlangen Sie gratis Broschüre.
Versand durch Apotheker Maas, Hannover 13.

Küchen-Möbel

an Fabrikpreisen
in allen Ausführungen und Preislagen.
Deutsche Möbel-Vertriebs-Gesellschaft,
Chausseestr. 88.

Jedermann sein eigener Tischler.

Sende meine Univ. Hobelbank D. R. G. M. franko für 21 M.
An jeden Tisch passend. Unverwundlich.
Verlange Prospekt gratis. Original, Leipzig, Robstr. 9.

Spezial-Behandlung Kühn

Andreasstr. 76, Ecke Breslauer Str., dicht am Schloß, Bot. Sprechz. 10-12, 3-7, Sonntag geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Spezialarzt Dr. Löser senior

Harn- u. Blutuntersuchungen. Königs-Durchleuchtung etc. Elektrische u. mediz. Bäder. — Erfolgr. eigene Heilmethode.
nur Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Lindenstraße, 9-11, 4-8, Sonntag 9-11.

Spezial-Behandlung

Harn- und Blutuntersuchung, Licht- und Pinsel-Behandlung, Bestrahlungen, Schnell, sicher, ohne Berührung.
Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren.
Aerztliche Behandlung, nahe Alexanderplatz
Hollanstr. Löser, Münzstr. 9, 9-11, 4-8, Sonntag 9-11.

Spezialarzt Dr. Hasché

Sprechstunden 10-11, 5-8, Sonntag 10-11.
Friedrichstraße 90 Friedrichstraße. — Zahnklinik —
günstig.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Aenderung unserer gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Umschwung unserer Industrie und des Handels steht bevor, und es werden überall geschulte Kräfte gesucht sein. Angehörige technischer Berufe und Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein muß. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „System Karneck-Hachfeld“. Ausführliche 80 Seiten starke Broschüre kostenlos.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 167.

Echte Piassava-Besen

Indu. R. Simon, Lin. 108

Säle frei!

Veranstaltungen, Vereine
Berliner
Vereins-Konzertsäle
Kommandantenstr. 58-59,
Kellers Konzert u. Festhalle
Koppenstr. 29.
Oranien-Festsäle
Naunynstr. 27.
Central-Festsäle
Alte Jakobstr. 32.
Tel.-Zer.: Moritzpl. 101 55.
Kulante Bedingungen.

Drei wichtige Schritte.

Der Soldat in der deutschen Republik, nach den neuesten Bestimmungen bearbeitet von
Wobbelecker, Riefert
1,25 M.
Die rote Schule und ihre Lehrer von
Kehrer, Hölzer 1,20 M.
Was will der Sozialismus? Von
Stahlhut, R. Gode 1 M.
Arthur Friebatsch's Verlagsbuchhandlung,
Dresden I, Ring 38.

25 Schreibmaschinen

erste Qualität, neu oder geb., für normales Büroland bestimmt, zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht. Angebote sub. N. N. H 9799 an Hausenstein & Vogler, Berlin W 35, 8211

Leere Flaschen

Rob. Weiß, Bismarck- und Rognat-Flaschen laut:
Rheingäßchen, Weinvertrieb
Berlitz SW 12, Zimmerstr. 78.
Tel.: 8409, 3544, 1097.

Stellenangebote

Mit eine ab 1. Januar 1920 neu erdennende Dienstleistung in Straßburg wird ein gewandter, mit der Bewegung vertrauter
221/29

Redakteur

ge sucht. Die Unterstellung erfolgt zu den Bedingungen des Vereins „Arbeitgeber“ mit entsprechenden Leistungsverhältnissen. Offerten erbeten an: Vatscher D. Fegeer, Straßburg, Wehrstr. 2a.

Geschäftsführer gesucht.

Zur Leitung des kaufmännischen und technischen Betriebes der „Dresdener Holzwaren“ suchen wir zum baldigen Eintritt noch einen mit den nötigen Fähigkeiten ausgestatteten Geschäftsführer. Angebote mit Gehaltsansprüchen sind sofort zu richten an den Vorsitzenden der Kommission, Cornelius Conzberg, Dresden-A., Silbermann-Str. 20.

Radon & Comp.

Dresden-A., Wettiner Platz 10.

Berzinner

in mittleren Jahre, als Oberlehrer i. h. h. gut. Verdienst gesucht. Off. sub. u. N. 41 a. d. Hauptpost. 2. Fern.

Ersten Bürgermeisters der Stadt Kiel

Das Amt des Ersten Bürgermeisters der Stadt Kiel ist gemäß § 28 ff. der Städteordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 14. April 1899 (S. S. 569) und § 3 der Städteordnung vom 31. Januar 1919 (S. S. 6, 13) zu besetzen.
Das Gehalt wird vorbehaltlich der Genehmigung des Reichsausschusses auf 30 000 M. festgesetzt und ist pensionarisch. Feuerungszulagen werden nicht gezahlt. Wegen Auszeichnung früherer Dienstjahre bei Berechnung des Pensionsbetrages kann eine besondere Berücksichtigung getroffen werden.
Der Amtsantritt hat sobald als möglich zu erfolgen. Die Übernahme eines Nebenamtes oder einer mit der Verwaltung verbundenen Nebenbeschäftigung ist von der Genehmigung der Stadtverordneten abhängig.
Bewerber mit geeigneter Vorbildung und Erfahrung werden aufgefordert, ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes an den Unterzeichneten (Kiel, Weidhaus) einzurichten. Die Frist zur Einreichung der Bewerbungen ist bis zum 1. Dezember d. J. einschließlich verlängert.
Kiel, den 14. November 1919.
Der Stadtverordneten-Vorsteher
Spiegel.

Geschäftsführer gesucht.

Für eine größere sozialdem. Tageszeitung in Oberhessen wird ein
221/20

Geschäftsführer gesucht.

Verfasser muß im Zeitungsbetrieb nachg. gute Erfahrungen besitzen und den techn. u. kaufmänn. u. Propagandabereich vollständig beherrschen. Bewerber, die der poln. Sprache mächtig sind, werden bevorzugt. Anteil möglichst ab 1. Dezember. Offerten sind zu richten an die
Sozialdemokratische Bezirksleitung für Oberhessen.
Beuthen O./S., Langestraße 38.

Flüchtiger Zeitungsexpedient

per sofort oder ab 1. Januar gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen usw. an „Niederbayer. Volkswacht“, Passau (Bayern).
221/18

Zimmerpoliere,

Zugest. tüchtige u. zuverlässige im Abbau und Reparaturbau, verlangt sofort Drogenoffenschaft Charlottenburg.
11125
Preisgehr. 34.

50 Sprengmeister

für Ausbrennungen nach auswärts sofort verlangt. Nur schriftliche Offerten mit Lebensanforderungen an Drogenoffenschaft Charlottenburg.
Preisgehr. 34. 11125

Zweiter Schuhmacher

für Uniformschneiderei zum 1. Dez. entl. früher sucht
13008
Leo Finks,
Berlin C 19, Grünstraße 17/20.

Ein guter Zuschneider

kann regelmäßige Arbeit finden bei W. Knudsen, Stavanger, Norwegen, Vaeravgade 9. Gratia Refle und gute Bescholung. Korrespondenz erbeten.
155-40

Ansträgerinnen

für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:

- Berlin: Wattstr. 9. — Ackerstr. 174. am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31. Hof part. — Fritze, Steglitzer Straße 27. Laden. — Markusstr. 36. — Döls, Immanuelkirchstraße 24. — Malle, Peterburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3. Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 44. — Lausitzer Platz 14/15. — O. Schmidt, Bärdwaldr. 42.
- Schöneberg: Belsiger Straße 27.
- Charlottenburg: Sesenhelmer Straße 1.
- Steglitz: Ziegeldecker, Schildhornstr. 1.
- Wilmsdorf: Gasteiner Str. 12.
- Neukölln: Heinrich, Neckerstraße 2.
- Lichtenberg: Alt-Boxhagen 36. Wartenbergstr. 1.

Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Verwaltung ist die Stadtkretzstelle mit einem Hilfsbeamten (Polizeisens) zum 1. Januar 1920 zu besetzen.
Werden guter Allgemeinbildung ist maßgebend für die Tätigkeit in leitender Stellung eine Einbürgerung, Vorbereitung und Befähigung ist eine gründliche Erfahrung in allen Zweigen der Kommunal- und Polizeiverwaltung und Beherrschung der gesamten einschlägigen Fachgebiete.
Der ebenfalls nötige Nachweis hat eine Probezeit von sechs Monaten voranzuzutreiben.
Gehalt 2100 M., steigend von drei bis drei Jahren um je 400 M. bis 4900 M.; Wohnungsgeldzuschuß 450 M. und 500 M. Stellungszulage. Unverzügliche Dienstreise als Beamter können angerechnet werden.
Bewerbungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes, Zeugnisabschriften und eines ärztlichen Attestes bis zum 30. dieses Monats einzureichen. Gehaltsantrag hat circa 10 000 Einwohner und ist Rohlen-Industrieort.
11109
Senftenberg, den 14. November 1919.
Der Magistrat.

Ausland.

Zwei gute 11000*
Nachschneider
Wann regelmäßig Arbeit finden bei W. Knudsen, Stavanger, Norwegen, Vaeravgade 9. Gratia Refle und gute Bescholung. Korrespondenz erbeten.
155-40

Reisende

sucht Zigarettenlager
Bergmannstr. 1.

Rentenempfänger

für leichte Nebenbeschäftigung (Rechenarbeit) gesucht. 8-12 Stunden, 20, 20/11, 15-16

Weibliches Hauspersonal

ist nachmittags von 4-7 Uhr angestrichen im Arbeitsamt der Stadt Berlin, Abteilung für Hauspersonal
122/16*

Widerrufen

aus Veranlassung der Redaktion zum Abdruck des Briefes
Elektrische Gesellschaft
Göhring, D. G. m. B. G.,
Senftenbergstr. 71.

Stellengesuche

Junger, intelligente Vertreter, in Organisation und Organisations erfahren, sucht, um sich weiter auszubilden, passende Stelle; am liebsten als Sekretär in der Redaktion einer Parteipresse. Angebote sind zu richten an Hans Ploch III, Groß-Göhring, Senftenbergstr. 71.
11129

Parteilosen!

Parteilosen!



Selig, die im Herrn sterben!

Am Tage der Heiligen Elisabeth verschied um die Mittagsstunde im Hause des Deutschen Reichstages der Führer der Zentrumsparthei und Vorsitzende der Fraktion des Zentrums in der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung

Seine Exzellenz der Staatssekretär a. D.

Adolf Gröber

im Alter von 65 Jahren.

Sein Leben war Müh' und Arbeit und darum köstlich.

In tiefer Trauer

Die Fraktion des Zentrums

in der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung.

Sozialdem. Wahlverein Berlin-Schöneberg
Bezirk I.
Am 17. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Altkleriker **Max Müller** Rollenborsitz. 49, im Alter von 44 Jahren.
Seine letzten Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. Mts. nachmittags 3 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof, Rosenstraße, statt.
Im rege Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Achtung, Buchdrucker!

Montag, den 24. November, nachmittags 5 Uhr, im „Schultheiß“.
Neus Jahnstraße 231/13
Berufsammlung der Betriebs-Vertrauensleute der S. P. D.

- Tagesordnung:
1. Vortrag: **Der Wert der Presse in Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft.** Referent: Kollege Hildebrandt-Stuttgart.
 2. Freie Aussprache u. Organisationsfragen.
- Ohne Mitgliedsbuch der S. P. D. kein Zutritt.

Achtung! Achtung!

Metallarbeiter der Verwaltungsstelle Berlin
Sente Freitag, 21. Novbr., abds. 6 Uhr, in den Andreadeichsälen, Andreadstr. 21

Berufsammlung

aller Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Berlin, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

- Tagesordnung:
1. Die Lehren des Metallarbeiterstreiks.
 2. Diskussion u. Beschlüsse.
- Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, pünktlich zu erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsbuch sowie Legitimationskarte gilt als Ausweis.
Der Einberufer.

Freitag, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr:

5 öffentl. Vorträge:

1. Norden: Ubornstraße, Wälderstraße 142, Fräulein Tobenhagen: **„Brennende Wirtschaftsfragen“.**
 2. Moabit: Dakenhofer, Turmstr. 25/26, Fräulein Adele Friedländer: **„Wege zum Wiederaufbau“.**
 3. Zentrum: Alt-Berlin, Blumenstr. 10, Schriftsteller Emil Unger: **„Wege zum Wiederaufbau“.**
 4. Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstr. 1a, Fräulein Dr. Bernhard: **„Abbau der Teuerung“.**
 5. Reinickendorf: Rheingold, Hansastraße 43, Franz Fähr: **„Wege zum Wiederaufbau“.**
- Eintritt frei!
Reichszentrale für Heimdienst H. S.

Reichszentrale für Heimdienst H. S.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Begründet 1876.
BERLIN O 112, Rigser Str. 71-73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt gute preiswerte Möbel, Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in **Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern** jedem Geschmack entsprechend.
134 Musterräume, Lagerräume 6000 qm. Gr. Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 9 1/2-7 Uhr geöffnet.

Lothringer Rütten- u. Bergwerks-Verein A.-G. zu Rauxel.

Einladung zur Generalversammlung.

Gemäß § 31 Absatz 3 der Satzungen werden die Aktionäre zu einer **Mittwoch, den 17. Dezember 1919, nachmittags 4 Uhr** in dem Sitzungssaal des Hotels Breidenbacher Hof zu Düsseldorf statufindenden

außerordentlichen Generalversammlung

hierdurch eingeladen.

- Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über Verschiebung der Aufmachung des Jahres-Abschlusses nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung für den 30. Juni 1919.
 2. Beschlussfassung über Aufhebung von § 3 der Interessengemeinschaftsverträge mit dem Fassungelsen-Walzwerk L. Mannstadt & Co., Troisdorf bei Köln und mit der Düsseldorfer Eisen- und Draht-Industrie, Düsseldorf, betreffend Vereinigung der Reingewinne der drei Gesellschaften für die Abschlüsse der beiden genannten Gesellschaften vom 30. 6. 1919.

Zur Teilnahme an dieser Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche den Vorschriften des § 27 der Satzungen nachgekommen sind. Als Hinterlegungsstelle gelten außer der Gesellschaftskasse in Rauxel (Westfalen):

1. A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G. in Köln.
2. Deichmann & Co. in Köln.
3. A. Ley in Köln.
4. I. H. Stein in Köln.
5. Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Frankfurt a. M., Saarbrücken.
6. Deutsche Bank in Berlin, Frankfurt a. M., Aachen, Köln, Saarbrücken, Trier.
7. Dresdner Bank in Berlin und Frankfurt a. M.
8. Nationalbank für Deutschland in Berlin.
9. Commerz- und Disconto-Bank in Berlin.
10. Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M.
11. Pfälzische Bank in Frankfurt a. M.
12. Norddeutsche Bank in Hamburg.
13. Joh. Ohligschläger G. m. b. H., Aachen.
14. O. F. Groß-Henrich & Co. in Saarbrücken.
15. Internationale Bank in Luxemburg, Luxemburg.
16. Klöckner & Co., Duisburg.

Bei den Berliner Hinterlegungsstellen können an Stelle der Aktien selbst auch die Depotscheine der Bank des Berliner Kassensystems über die dazugehörigen Aktien hinterlegt werden.

Vollmachten sind gemäß § 28 der Satzungen spätestens am 3. Werktage vor der Generalversammlung bei den genannten Stellen einzureichen.

Der Aufsichtsrats P. Klöckner, Vorsitzender.

*) § 27 der Satzungen lautet:

Zur Teilnahme an den Generalversammlungen sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche spätestens am 3. Werktage vor der anberaumten Generalversammlung (den Hinterlegungs- und Versammlungstag nicht mitgerechnet) in den üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaftskasse oder bei anderen in der Einladung bezeichneten Stellen

- a) ein Nummernverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien oder Zwischenscheine einreichen,
- b) ihre Aktien oder Zwischenscheine oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine bei der Reichsbank hinterlegen und bis zum Schlusse daselbst belassen.

Die Hinterlegung der Aktien oder Zwischenscheine kann auch bei einem deutschen Notar oder beim Vorstand oder bei denjenigen Stellen, welche in der Einladung zu diesem Zwecke bezeichnet und bekannt gemacht sind, erfolgen, ist jedoch dadurch nachzuweisen, dass der Hinterlegungsfrist den Anmeldestellen ein ordnungsmäßiger Hinterlegungsschein des Notars oder der betreffenden Hinterlegungsstelle eingereicht wird. Dieser Hinterlegungsschein ist nur dann ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien oder Zwischenscheine nach ihren Unterscheidungsmerkmalen bezeichnet sind und überdies darin bescheinigt ist, daß diese Papiere bis zum Schlusse der Generalversammlung bei dem Notar oder der betreffenden Hinterlegungsstelle in Verwahr bleiben.

Seitens der Gesellschaft oder der sonstigen Anmeldestellen sind den auf Grund dieser Vorschriften zur Teilnahme an der Generalversammlung Berechtigten Eintrittskarten mit einem Vermerk über die Stimmenzahl auszuhandigen.

Einladung

zur ordentlichen Ausschussung der Allgem. Ortskrankenkasse Niederbarnim am Freitag, den 23. November 1919, nachmittags 2 Uhr, im Kreisbau in Berlin, Prinz-Friedrich-Rodstr. 5 (Kreuzungsbauhof).

Tagesordnung: 1. Satzungsänderung. 2. Festsetzung des Voranschlags für das Jahr 1920. 3. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1919.

Die Herren Ausschussmitglieder werden zur Teilnahme an dieser Sitzung ersucht eingeladen. Berlin, den 17. Novbr. 1919.

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim.

Verhelf. Vorsitzender. 279/14

Invalidekasse der Gürtler zu Berlin.

Am Montag, 24. Novbr. 1919, 6 Uhr, bei Gottlieb, Oranienstr. 69:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl der Kommission zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 2. Festsetzung der Rente für 1920. 3. Verschiedenes. 222/5

Der Vorstand. Max Nagay, Vorsitzender.

Ziehung 3.-10. Dez. 1919

Geld-Lotterie

17881 Goldgew. bar ohne Abz. M.

600000

100000

50000

Empf. u. verk. auch u. Nachh. für Porto u. Liste 50 Pf. mit eingesch.

Lose à M. 3.50

Emil Stiller Bankhaus

Hamburg, Holtenauerstr. 20.

Bitte rechtzeitige Bestellung.

Immungskrankenkasse der Juweliere, Gold- u. Silberschmiede (Zwangsanlage) zu Berlin.

Einladung zur

Musik-Sitzung

am Sonnabend, den 29. November 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 3.

Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung. 2. Voranschlag für 1920. 3. Wahl von 3 Rechnungsprüfern. 4. Abänderung der Satzung. 5. Abänderung der Dienstordnung. 6. Verschiedenes. 278/13

Der Vorstand. H. Herrs. Vorsitzender. Schriftführer.

Ziehung schon 26. und 27. November

Frankfurter Lotterie

4154 Gewinne, 100.000 Lose Mark.

100000

60000

50000

Los à 3,30, Porto und Liste 50 Pf. extra, 10 Lose nur 33,- M. inkl. Porto und Liste.

Berliner Losezentrale Berlin C 2, Mühlendamm 3.

Zigaretten

stetliche, amerikanische und Zigarren

100 Stück 70, 65, 100, 120 Stk.

Rauchtabak

garantiert rein, überfein, rippentfrei. 25 und 50 Stk. bei 10 Pfund 23,- Mark.

L. Manheimer, Berlin. Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)

Spezial-Arzt

bewährte fachmännische Behandlung. Unentgelt. Auskunft u. aufkl. Gratis-Broschüre. Bescheid. sämtlich. Heilverfahrenvertrags-Brief (1.50 M.). Sprechstund. v. 1/2 12-2 mittags, 1/2 bis 9 abends, Sonntags 1/2 11-1.

Spezial-Behandlung

Invalidenstr. 147, I. Etage, Ecke Bergstraße.

C. Weissert,

Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen.

Kostenlose Untersuchung und Beratung

Über sachgemäße Behandlung. Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12.

Landgerichtsrat a. L. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.) Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittlungen. - Beobachtungen, Tel. Lützow 2494.

Sozialdemokrat. Verein Bezirk Weißensee.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere liebe Genossin

Anny Hodapp

am 16. d. Mts. nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.

Ohne ihrem Andenken! Der Vorstand.

Wie ein Wunder

besitzt Haussalbe

San-Rat Dr. Strahl's Hautausschl., Flecht-, Hautjuck., des. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originaldosen à 25. 4/5 erhältlich in der „Elefant-Apotheke“ Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.).

Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom kauft

Ingenieurbureau Schlichting

Berlin W 9, Linkstr. 18, Tel. Lützow 3705 und 8518.

!!! Geld !!!

für jede Wertpapiere, höchste Ankaufpreise für Pfandbriefe, Aktien, Goldgegenstände, Zupfische Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, 4. Etage Reichstr.

Groß-Berlin

„Mit dem Luftschiff nach dem Bodensee . . .“

Vor einem Hause unter den Linden hält ein Autobus. Gepäckstücke werden auf sein Dach hinaufgehoben, die Fahrgäste sind im Begriff einzusteigen. Es sind gut angezogene Leute, denen man die Sorglosigkeit von der Stirne abliest. Mehr oder minder erwartungsvoll sehen sie drein. Ein Schild verkündet das Ziel des Autos: Staaten, der Flugplatz der Delag, der Startplatz des Passagier-Luftschiffes „Bodensee“, das mehrmals in der Woche von dort nach Friedrichshafen fährt. Run ein Anrufbein des Motors, der Wagen fährt davon, die Linden hinauf, durchs Brandenburger Tor.

Ich stehe noch immer vor den Schaufenstern des Reisebüros und betrachte stumm die Bilder, die das stolze, schlafende Schiff in seiner Fahrt durch die See zeigen. Der Autobus ist längst meinen Blicken entschwunden. Ich wende mich und sehe meinen Weg fort.

Da sehe ich einige Schritte weiter an der Straßenseite eine Anschlagtafel. In großen roten Lettern kündigt die Urania die Vorführung eines Lichtbildervortrags an: „Mit dem Luftschiff nach dem Bodensee“. . . Und es läßt mir keine Ruhe, am Abend sitze ich wirklich in der Urania und lasse die Bilder an mir vorbeiziehen, verliere die Illusion in mir zu erwidern, daß ich nun gleich denen, die ich am Morgen sah, dahinziehe, über Berge und Täler, Flüsse und Seen. Schöne alte deutsche Städte sehe ich mit mächtigen Kirchen, Mauern und Wällen, über Berg und Hügel ziehen sich dunkle Tannentwälder, Schlösser und Burgen tauchen auf und verschwinden, immer weiter geht es dem äußersten Süden Deutschlands zu, und endlich breitet sich die riesige Fläche des Bodensees, des „Schwäbischen Meeres“, vor meinen Blicken aus. Schöne Uferpromenaden, historische Stätten, malerische alte Winkel wechseln einander ab. Am jenseitigen Ufer erheben gewaltig und stolz die Alpenriesen ihre Häupter.

Dann flammt das elektrische Licht auf, die Illusion ist fort; die Vorführung ist zu Ende und ich gehe heim. — Ja, der Erde Schönheit zu schauen, die Wunder der modernen Technik zu genießen, ist nur den Begüterten vergönnt. Der wahre Traum der Menschheit, dem Vogel gleich dahinzufliegen, ist Wirklichkeit geworden, nur — Geld muß man haben. Geld und nochmals Geld! Sonst bekommt man von alledem nichts weiter zu sehen als Lichtbilder und vielleicht einmal eine Ansichtskarte!

Der Gesetzentwurf „Groß-Berlin“

ist der preußischen Landesversammlung zugegangen. Nach den Absichten des Präsidenten wird der Entwurf in der ersten Dezemberwoche zur ersten Beratung gestellt werden, nachdem die Parteien zu ihm Stellung genommen haben werden. Ein Ausschuß von 23 Mitgliedern, soweit möglich aus Berliner Abgeordneten bestehend, wird alsdann die Beratung übernehmen und sich mit den Vertretern Groß-Berlins in Verbindung setzen.

An eine Erledigung des Gesetzentwurfs ist vor Weihnachten, wie die „R. V.“ erfahren, nicht zu denken. Damit fällt auch die Möglichkeit fort, daß mit dem 1. April, am Beginn des Etatsjahres, die Organisation von Groß-Berlin durchgeführt sein könnte. Als nächster Termin kommt der 1. Oktober 1920 in Betracht, wozu aber eine eigene Durchführungsbestimmung über eine halbjährliche Steuererhebung nötig wäre. Sollte der Gesetzentwurf aber in der Landesversammlung auf größeren Widerstand stoßen, kann es erst der 1. April 1921 werden, wo Groß-Berlin zu bestehen beginnt.

Groß-Berlin und die Städteordnung.

Da eine allgemeine Reform der Städteordnung bevorsteht, hat der Gesetzentwurf über Groß-Berlin davon Abstand genommen, über die Bildung der Stadtgemeinde Groß-Berlin Bestimmungen in solchen Fragen zu treffen, die allgemein für alle Stadtgemeinden als der Neuregelung bedürftig erscheinen. Der Entwurf hat sich daher auf den Boden der noch geltenden Städteordnung gestellt. Abweichungen sind nur in einzelnen Fällen vorgekommen. Der sonstigen allgemeinen Kommunalreform sollte nicht vorgegriffen werden. Die Bestimmungen des Entwurfs sind im übrigen so gehalten, daß als die generellen Grundfragen vor seinem Spezialgesetzlichen Aufbau die Bestimmungen der neuen Städteordnung ohne weiteres an Stelle der alten Städteordnung gelten können. Die Zukunft dürfte keine Reichshäufigkeit bringen, hierzu sind die

Montrose.

20] Detektivroman von Sven Eibekad.

„Er war fast immer betrunken,“ schob die Gemüsehändlerin mit ihrem groben Waj ein.

Keller lachte, wie nur der Lachen kann, der vollkommen überzeugt ist:

„Und wenn ich an den vornehmen und angesehenen Abbe Montrose denke, den berühmten Gelehrten, der den ganzen Tag in seiner Bibliothek saß, in seine Studien vertieft, dann bin ich leider nicht imstande, Ihnen in Ihren kühnen Mutmaßungen zu folgen.“

„Ich habe gar keine Mutmaßungen,“ sagte Abjörn Krag, der den Blumen noch immer seine unverwandte Aufmerksamkeit schenkte. „Ich behaupte etwas, was ich ganz genau weiß: diese Blumen sind nicht von einem Friedhof gestohlen, sie sind in einem Treibhaus abgeerntet worden. Wissen Sie nicht, lieber Freund, daß Abbe Montrose ein großer Blumenliebhaber war, er hatte ein herrliches Treibhaus in seinem Garten. Diese Blumen gehören Abbe Montrose — mag er tot oder lebendig sein.“

„Sie können sich also immer noch nicht von dem Gedanken trennen, daß der verrückte Professor mit Abbe Montrose identisch ist?“

„Ich bewahre, diesen Gedanken habe ich schon lange fallen lassen. Ich stelle nur fest, daß diese Blumen uns von neuem mit Abbe Montroses Garten und dadurch mit dem Verbrechen in Verbindung bringen. Ich behaupte von neuem, daß der verrückte Professor tot ist, sonst hätte er uns das Rätsel leicht lösen können.“

Die Gemüsehändlerin brummte ungeduldig. Offenbar wollte sie ungern mit den Aufschlüssen, die sie geben konnte, einbrennen. Wie die meisten ihrer Geschäftsklasse war sie glücklich, wenn sie der Polizei einen Dienst erweisen konnte.

Sie erzählte, daß der verrückte Professor, der sich Barren nannte, vor zwei Jahren dieses Zimmer gemietet habe. Gleich von vornherein habe er sich so sonderbar benommen, daß es ihr aufgefallen sei.

„Erstens hatte er offenbar nichts zu tun,“ sagte sie, „und Menschen, die nichts zu tun haben, sind mir immer verdächtig. Dagegen hatte er die Eigenschaft, daß er sich gern verkleiden mochte; als er mal in den Besitz eines Doktorhutes kam so einem, wie man sie auf der Universität trägt, war er glücklich.“

Verhältnisse an den einzelnen Orten viel zu verschieden. Der Preussischen Landesversammlung wird es obliegen, für Preußen hierfür ein neues Gesetz zu schaffen, wobei die Eigenart der Städte am Rhein zu berücksichtigen sein wird. Leider ist nicht anzunehmen, daß die neue Städteordnung in absehbarer Zeit in der Landesversammlung zur Durchberatung kommen dürfte, da viel zu viele andere dringendere Aufgaben der Gesetzgebung harren.

Zur Kohlenversorgung.

Die Bricketteingänge für Hausbrandzwecke nach dem Gebiet des Kohlenverbandes Groß-Berlin betragen im Monat Oktober ca. 118 494 Tonnen gegenüber einem rationierten Bedarf von 200 000 Tonnen. Die Fehlmengung beträgt demnach für diesen Monat 81 506 Tonnen, also ca. 1 1/2 Millionen Zentner.

In Schmelzlokalen im Monat Oktober für Hausbrandzwecke ca. 29 000 Tonnen nach Groß-Berlin gegenüber einem monatlichen Kontingent von 60 000 Tonnen. Die Fehlmengung beträgt demnach 31 000 Tonnen.

In der ersten Delade des Monats November sind weitere Maßgaben in den oben angeführten Brickette- und Kohleingängen zu verzeichnen.

Die gestern von uns im Abendblatt veröffentlichte Notiz: „Schon wieder Erhöhung der Brickettepreise“ ist nur durch einen Irrtum abgedruckt worden. Wie wir schon vor einigen Tagen mitteilten, tritt nach einer Mitteilung der Kohlenstelle Groß-Berlin eine Erhöhung der Brickettepreise nicht ein. Bei einer etwaigen Erhöhung durch diesen oder jenen Händler bitten wir, sich sofort beschwerdeführend an die Kohlenstelle Groß-Berlin, Linstr. 25, zu wenden.

Handgranaten im Kofe.

Die „R. V.“ berichtet: Ein gegen eine Abteilung der Sicherheitspolizei in Berlin O gerichtetes Attentat konnte vorgestern glücklicherweise noch rechtzeitig vereitelt werden. Beim Verkleinern des für die Abteilung angestellter Kofe wurden in drei Kofehäufen vier Handgranaten (die unter den Kohlenhäufen nicht leicht zu erkennen sind) gefunden. Nur durch die Aufmerksamkeit der Beamten hat großes Unheil verhütet werden können. Wären die Granaten mit dem verkleinerten Kofe in die Heizung geraten, so wäre eine große Explosion die Folge davon gewesen, der unermesslich zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen wären. Die Untersuchung ist zwar eingeleitet, doch dürfte es nachträglich nicht leicht festzustellen sein, wer die Granaten in den Kofe hineingeschmuggelt hat, obwohl natürlich das allgemeine politische Motiv des versuchten Attentates ohne weiteres vermutet werden kann.

Die geschoben wird. Eine große Aluminiumschiebung ist durch das Landespolizeiamt aufgedeckt worden. Das Lautawerk in Schwarzföhl reklamierte vor einiger Zeit zwei Waggonladungen Aluminium, die von Schwarzföhl nach Goeling und Altona bestimmt waren. Wie das Verkehrsamt in Torgau ermittelte, waren die beschriebenen Güterwaggon von Hohenheide bei Schwarzföhl aus als mit Maschinenteilen beladen nach dem Industriebahnhof in Berlin-Weichensee verschoben worden. Der Frachtbrief hatte als Empfänger Simon-Heinersdorf bezeichnet. Die Koffierung dorthin war aber als unbefestigt zurückgekommen. Trotzdem war die Ware an den Vorgezeiger eines falschen Duplikat-Frachtbriefes gegen das Fracht- und Stempelgeld ausgehändigt und vom Industriebahnhof wieder verladen worden. Nach diesen Feststellungen durch Eisenbahn-Überwachungsbeamte ging das Landespolizeiamt den Dingen auf den Grund, und durch umfangreiche Ermittlungen in Berlin, Wittenberg, Hohenheide, Schwarzföhl, Görlitz und Schandau gelang es diesem jetzt, das Rätsel des Verschwindens der Aluminiumladung zu lösen und die große Schiebung restlos aufzudecken. Ein bei den Lautawerken angestellter Eisenbahnassistent gewann gegen Beteiligung am Verdienst zwei Mitangehörige, einen Rangierer und einen Lokomotivführer, für den Plan, gegenläufige Aluminiumladungen zu verschleppen. Der Rangierer überredete auch noch einen Zugführer der Staatsbahn zur Mitwirkung. Der Eisenbahnassistent fand einen Abnehmer in einem ihm befreundeten Angehörigen des Reichsverkehrsamtes, füllte das Frachtbriefformular mit der Falschadresse Simon-Heinersdorf aus, deklarierete die Sendung als Maschinenteile und besorgte falsche Bescheide, die der Rangierer und der Lokomotivführer bereits in Schwarzföhl nach Entfernung der richtigen Aufschriften. Der Zugführer der Staatsbahn, der den Hebergangszug nach Hohenheide leitete, vernichtete dort die richtigen Frachtbriefe und übergab den falschen dem Zugführer, der nach

Weichensee fuhr und von der Schiebung nichts wußte. So kamen die beiden Waggon „mit Maschinenteilen beladen“ hierher. Unter dessen hat der Zugführer des Hebergangszuges die Ladung einem Angehörigen des Reichsverkehrsamtes an, der sie an einen Berliner Tiefbauingenieur weiterverkauft. Dieser erhielt den falschen Duplikatfrachtbrief, bekam darauf die Ware ausgehändigt und gab sie an einen Bekannten, der sie an einen Industrievertreter verkaufte. Als dieser sie in Weichensee durch einen Expeditur wieder für eine auswärtige Firma verladen ließ, kam die Militärpolizei aus der Potsdamer Straße dazwischen und beschlagnahmte sie. Durch Beschöpfung des Beamten, der die Beschlagnahme vorgenommen und dadurch, daß der zukünftige Schwerverwahrer des Industrievertreters auf dessen Veranlassung bei der Militärpolizei den Empfänger Simon-Heinersdorf spielte, gelang es der Bande, die Ware wieder freizubekommen. Jetzt kam das Aluminium noch erst in einen langen Kettenhandel, bis es endlich an zwei Stellen weiterverkauft und verarbeitet wurde. Die Schiebung brachte dem Eisenbahnassistenten, dem Rangierer, dem Lokomotivführer und dem Zugführer je 5000 RM., den beiden Angehörigen des Reichsverkehrsamtes je 45 000 RM., dem Tiefbauingenieur und seinem Bekannten je 6000 und dem Industrievertreter 14 000 RM. Mehr aber noch dürften die Kettenhändler verdient haben, durch deren Finger die Ware noch gegangen ist, bevor sie an die Selbstverbraucher gelangt waren. Alle Beteiligten bis auf den Angehörigen des Reichsverkehrsamtes, der flüchtig ist und sich wahrscheinlich nach dem Ausland begeben hat, wurden festgenommen, nach Beseitigung jeder Verdunkelungsgefahr jedoch vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Für über 10 Millionen Mark Waren beschlagnahmt. Nach der nunmehr über den Monat Oktober vorliegenden Abschlußrechnung hat das Landespolizeiamt in Berlin in diesem Monat für 10 1/2 Millionen Mark Waren beschlagnahmt, und zwar für 8 1/2 Millionen Mark Lebensmittel und für über 2 Millionen Mark andere Waren. Bei der Feststellung dieser Werte sind überall die gesetzlich vorgeschriebenen Höchstpreise eingehalten worden. In dieser Summe sind diejenigen Waren noch nicht mitenthalten, welche vom Landespolizeiamt bei der Rheinkontrolle erfaßt worden sind. Auch sind diejenigen Werte nicht berücksichtigt worden, die dem deutschen Wirtschaftsleben durch Verhinderung strafbarer Handlungen, wie Veranlassung der Verschleppung der Waren in das Ausland und des Mißbrauchs gefährlicher Einfuhr, dem deutschen Wirtschaftsleben erhalten worden sind.

Gegen die Sonderlieferung mit Lebensmitteln. Die Verwaltungsstelle des Deutschen Eisenbahnverbandes und die Arbeiterräte des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin verwerfen die Lebensmittelversorgung an die Dienststellen. Sie erheben Protest gegen den Neubau des Wirtschaftsbereichs Genossenschaft u. v. D. und fordern die Bediensteten auf, sich an die schon seit Jahren bestehende Konsumgenossenschaft Groß-Berlin anzuschließen. Deutscher Eisenbahnverband, Verwaltungsstelle Groß-Berlin, die Arbeiterräte des Eisenbahndirektionsbezirks Groß-Berlin.

Verkauf von Stiefeln. Wie uns von der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung mitgeteilt wird, sind die von der Gewerkschaftskommission gekauften Stiefel nicht in Lichterberg, Rittergutstraße, zu haben. Der Verkauf soll vielmehr in dem Anfang Dezember zu eröffnenden Manufakturlager der Genossenschaft in der Brunnenstr. 188 vor sich gehen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranlaßt am 21. November, demittags pünktlich 10 Uhr, im Julius Buh eine Lotterie. Es haben erkrankte Künstler sich in recht dankenswerter Weise dem Reichsbund zur Verfügung gestellt, so daß es eine erhebnende und würdige Feier zu werden vermag. Der maßhaltige Teil wird vom Bühnen-Erheber unter persönlicher Leitung des Herrn Dirigenten Schöningh geleitet, während die Sängerschöre von dem bewährten Dirigenten F. Volke dirigiert werden.

Der Hilfsverein deutscher Frauen in Gloverville in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat in einem an den Kaiser gerichteten Schreiben die Ueberendung eines Betrages von 1100 RM. mitgeteilt, mit denen hauptsächlich Kinder der im Kriege gefallenen Mütter unterstützt werden sollen. Wie der Hilfsverein mitteilt, hat er diese Tätigkeit auch auf andere deutsche Landesstellen ausgedehnt. Der Hilfsverein behauptet, daß er in dieser schweren Zeit der Not des deutschen Vaterlandes wegen der letzten Krafttätigkeit nicht Lebensmittel und Woll senden könne. Die hochherzige Gabe dieser deutschen Frauen ist ein Beweis für den tiefen Anteil, den unsere Landsleute in Amerika an der Not unserer Frauen und Kinder nehmen.

Zur Beachtung! Der Parteivorstand veranlaßt vom 24. November ab in Berlin einen vierwöchigen Ausbildungskursus zur

Da trieb er sich hier in der Nähe auf den Straßen herum, redete Leute an, bis die Polizei ihm den Doktorhut fortnahm, weil er eine Volksmenge um sich sammelte und den Verkehr hinderte. Er trank fürderlich, und wenn er betrunken war, hielt er lange und sonderbare Zwiegespräche, hier oben in seinem Zimmer. Stundenlang konnte er predigen, als ob er auf einer Kanzel stände. Häufig kam er mit Blumen nach Hause, die er unter seinem Mantel verbarg, und sobald er eine Flasche leer getrunken hatte, schmückte er sie mit Blumen. Gestern war er ganz wild vor Freude, weil er in den Besitz eines ganzen Priesteranzugs gekommen war, mit dem er sich ausstuferte hatte.“

„Hatte er bisweilen Besuch?“ fragte Krag.

„Selten,“ antwortete Frau Grohmann, „und dann waren es meistens Trunkenbolde, die er von der Straße aufgemerkt hatte und mit denen er zechte. Vor einigen Stunden aber waren hier zwei Männer, die nach ihm fragten.“

Krag hat sie, diese beiden Männer zu beschreiben, und Keller war sich bald darüber klar, daß es die Männer waren, die ihn geknebelt hatten und dann durchs Fenster geflohen waren. Das teilte er Krag mit, und Krag schien sich nicht darüber zu wundern. Die Detektive begannen jetzt das Zimmer näher zu untersuchen, aber sie fanden nichts weiter als einige verbrauchte Kleidungsstücke und einige Vögel Papier, worauf seltsame Krabbenfüße gemalt waren.

„Sind das affrikanische Schriftzeichen?“ fragte Keller und betrachtete das Papier neugierig.

Krag lachte.

„Entweder ist es die Schrift eines Geistesgestörten,“ antwortete er, „oder auch eine Sprache, die kein Lesender deuten kann. Ich glaube ersteres, denn es sind Proben von ursprünglichem Wissen und Kenntnissen dabei. Sehen Sie hier einige ägyptische Schriftzeichen, hier einige Hieroglyphen, hier einen griechischen Satz. Hallo, was ist denn das?“

Krag hatte zufällig mit dem Arm an eine alte Tüte gestoßen, die in einer Ecke hing, und hörte ein klirrendes Geräusch.

Der Detektiv hielt die Tüte ans Licht. Er sah, daß sie frische Spuren von Erde hatte.

„Ist das keine Tüte?“ fragte er.

Frau Grohmann nickte, das Kleidungsstück war ihr wohl bekannt.

Vorsichtig, damit die Erde nicht abdrückte, untersuchte Krag die Tüte.

In den Taschen lagen einige abgerissene, grüne Blätter.

„Er hat Blumen in dieser Tüte nach Hause getragen.“

logte Krag, „und erst kürzlich, denn die Taschen sind noch feucht von den nassen Blättern, außerdem ist frische Erde auf dem Zeug. Sie werden sehen, daß es Erde aus Abbe Montroses Treibhaus ist.“

„Was aber kirt dort in der linken Tasche?“ fragte Keller ungeduldig.

Krag nahm vorsichtig ein Schlüsselbund aus der Tasche. Die Gemüsehändlerin trat näher, um besser zu sehen.

„Das sind nicht seine Schlüssel,“ brummte sie.

„Woher wissen Sie das?“

„Was sollte er wohl mit all den Schlüsseln? Er hatte nur einen Schlüssel für das Haustor und einen für die Tür. Und die sind nicht dabei.“

Das Bündl enthielt acht größere und kleinere Schlüssel, alle aus Stahl, blank und fein. Dazwischen war auch ein kleiner silberner Schlüssel, der offenbar zu einem Schrein gehörte. Und an dem Bündl war ein kleines Schild von Silber befestigt, wie ein Schild gehämmert, wo der Buchstabe M eingraviert war.

„Derartige Funde gefallen mir,“ sagte Krag vergnügt.

„Können Sie mal sehen, was haben wir jetzt alles beisammen: vor allen Dingen die Quittung über die sechs Arbeitstage, dann das Goldstück in den leuchtenden japanischen Farben, fernr die Photographie von Clara Singer. Die Tüte mit den frischen erdigen Flecken, und schließlich dieses Schlüsselbund. Es sind allerdings sehr verschiedene Sachen, solche Dinge bilden aber doch schließlich eine Kette. Das Namensschild trägt den Buchstaben M, wie Sie sehen. Montrose?“ fragte Krag nachdenklich.

„In dem Fall wären es Abbe Montroses Schlüssel,“ sagte Keller, „und was dann?“

„Ja, was dann,“ antwortete Krag und zog das Schlüsselbund in seiner Hand. Er zählte die Schlüssel.

„Acht,“ sagte er, „soweit es Abbe Montroses Schlüssel sind, können wir durch seine Wohnung gehen und probieren, wo sie passen.“

„Und was kann uns das helfen?“ fragte Keller.

„Nein, natürlich,“ murmelte Krag halb laut und absehnend. Es war, als ob er laut dachte und sich um die ändern im Zimmer gar nicht kümmerte. „Aber,“ fügte er hinzu, „wenn Schlüssel in diesem Bündl sind, die zu keinem Schloß in der Wohnung des Abbes passen, zwei überflüssige Schlüssel, zwei Schlüssel, deren Verwendung uns unklar ist.“

„Was dann?“ fragte Keller wieder.

„Ja, was dann,“ antwortete Krag.

Da hörten sie Lärm auf der Treppe. (Fortf. folgt.)

Einführung in die Theorie und Praxis des Sozialismus, der von Parteigenossen aus allen Teilen des Reichs besucht wird. Die Teilnehmer müssen in der angegebenen Zeit in Berlin untergebracht werden. Wir richten daher an alle Parteigenossen, die bereit sind, einem auswärtigen Genossen, selbstverständlich gegen angemessene Entschädigung, für vier Wochen Unterkunft zu gewähren, die Bitte, sich sofort mit dem Zentralbildungsausschuss, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 (Telephon: Moritzplatz 10 717), in Verbindung zu setzen. Da sich das Unterrichtslokal im Vorwärtsgebäude, Lindenstr. 3, befindet, ist es erwünscht, daß die Kursteilnehmer in der Nähe des Halleschen Tors Wohnung erhalten oder wenigstens so, daß sie nach dem Halleschen Tor hin gute Verbindung haben.

Am kommenden Sonntag (Totensonntag) sind die staatlichen Kassen geschlossen.

Neußölln. Nachwehen der letzten Anwaltskassen im Rathaus. Die gewalttätigen Störungen in der letzten Sitzung der Neußöllner Stadtverordnetenversammlung werden in der heutigen Sitzung ein Nachspiel in Form zweier Anträge haben. Die bürgerliche Fraktion hat an den Magistrat folgende Anfrage gerichtet: Unter Hinweis auf die Vorgänge in der Sitzung vom 7. November richten wir an den Magistrat die Anfrage, was er zu tun gedenkt, um detorierte Vorgänge in der Zukunft zu verhindern und den Stadtverordneten die Möglichkeit zu geben, ihr Mandat ungehindert und ohne Lebensgefahr auszuüben? — Die demokratische Fraktion beantragt folgende Mitzitmenschenumgebung gegen den unabhängigen Stadtverordnetenvorsitzer-Stellvertreter: Der Vorsitzer-Stellvertreter, Herr Stadtverordneter Künzler, bezieht nach seinem Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung am 7. November nicht mehr das Vertrauen der Stadtverordnetenversammlung. Nach § 1 Absatz 8 der Geschäftsordnung hat er sein Amt als Stellvertreter des Stadtverordnetenvorsitzers niederzulegen. Der unabhängige Stadtk. Prof. Dr. Labbe hat sein Amt niedergelegt.

Neußölln. Unrechtmäßiger Besitz der Gewerbslofenunterstützung. Noch immer werden Fälle ermittelt, in denen Erwerbslose unter Zugrundelegung unwahrer Angaben versuchen, sich unrechtmäßige Vorteile zu verschaffen. Insbesondere gehen immer wieder Personen darauf aus, durch Stellung doppelter Anträge an mehreren Stellen gleichzeitig Unterstützungsgelder zu erlangen. Der Magistrat hat bisher gegen alle Personen, die sich dieses unerhörten Betruges schuldig gemacht haben, das gerichtliche Strafverfahren eingeleitet und wird auch in Zukunft bei sofortiger Entziehung der Unterstützung unmissverständlich gegen solche die Allgemeinheit schwer schädigenden Personen vorgehen.

Wilmersdorf. Ein städtisches Arbeits- und Berufsamt. Der Wilmersdorfer Magistrat hat beschlossen, die städtischen Arbeitsnachweise und die Erwerbslofenunterstützung in einer Zentralstelle unter dem Namen: Städtisches Arbeits- und Berufsamt zu vereinigen und hierfür eine neue Deputation einzusetzen. Die städtischen Arbeitsnachweise haben sich nach dem Kriege stark entwickelt und sollen ausgebaut werden. Dem neuen Arbeitsamt soll außer der Erwerbslofenunterstützung auch die Berufsberatung und die Lehrstellenvermittlung überwiesen werden. Als weitere Aufgabe der Berufsberatung kommt die Fürsorge für die durch Krankheit oder Unfall um einen Teil ihrer Erwerbsfähigkeit gekommenen Arbeiter. Das städtische Arbeits- und Berufsamt soll in dem städtischen Gebäude in der Kaiser-Allee 51/52, das gegenwärtig für die Gewerkschaft „Wilmersdorfer Stadtpart“ verpachtet ist, untergebracht werden.

Maricndorf-Züdenbe. 4. Volkskassenabend. Heute 8 Uhr in der Aula des Gymnasiums. Eintritt 1 M. Erwerbslose, welche länger als 3 Monate Erwerbslofenunterstützung beziehen und in Maricndorf wohnen, erhalten eine Anzahl Freikarten.

Alt-Mienick. Gemeindevertretersitzung. Für den beurlaubten Gemeindevorsteher leitete Genosse Werlemann die Sitzung. Er gab das Ergebnis der Volkszählung bekannt, gezählt wurden 2453 männliche und 2688 weibliche Personen. Das Angebot auf Übernahme des Besitzes der Landwirtschaftsgesellschaft seitens der Gemeinde wurde zur Prüfung der Zielungscommission überwiesen. Eine längere Debatte ergab die von der früheren Gemeindevertretung gebilligte Entschädigungszahlung aus den Kasseverkäufen, die einen Ueberschuß von 18000 M. erzielte. Die Verteilung wurde von eben herab vorgenommen so erhielt der Gemeindevorsteher in 7 Monaten für angebliche Aufwandsentschädigung 4700 M. Der ehemalige Kaufmann Treodenski 2700 M., der Beamte der Gemeinde Vornholz hier 1080 M. usw. je nach Rang, dem Arbeiter, der auch hier wieder die schwerste Arbeit zu leisten hatte, wurden 30 M. ert. Sodann kam die Abfertigung des Gemeindevorstehers zur Verhandlung. Jurdel (H. S. P.) führte in längerer Rede aus, daß sich der Gemeindevorsteher den sozialdemokratischen Parteien gegenüber nie werde behaupten können, zumal wenn erst die Geschlossenheit beider Parteien wieder hergestellt werde. (Beifall von den Zuhörern.) Die Gemeindevertretung sei daher nicht mehr in der Lage, dem Gemeindevorsteher das Vertrauen auszusprechen zu können. Ein Mitzitmenschenumgebung wurde gegen vier bürgerliche Stimmen angenommen. Mit den Mitzitmenschenumgebungen wird der Gemeindevorstand und aus jeder Fraktion ein Mitglied beauftragt. Bezüglich des Ausscheidens aus dem Amtsbüro soll die Finanzcommission und der Gemeindevorstand zusammen die Verhandlungen aufnehmen.

Stahndorf. Gemeindevertretung. Es wurde einstimmig beschlossen, daß ab 1. Oktober bei Grundstücksamtlagen ein Gemeindesteuerausschuß von 1 Proz. von der Kaufsumme erhoben werden soll. Ferner wurde beschlossen, die Hausbesitzer zu veranlassen, bei Schneefällen die Bürgersteige freizuhalten und bei Glätte zu streuen.

Potsdam. Politisches aus der Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung ging es bei der Debatte über die Potsdamer Einwohnerwehr hoch her. Sabiu Schneider (D. Vp.) beschuldigte die Mehrheitssozialisten als ein Anhängel der Unabhängigen. Hierauf brach ein Sturm bei den Stadtverordneten und auf der Tribüne aus. Stadtverordneter Vorsteher Hoffmann drohte mit Räumung des Zuschauerraumes. (Rufen: Lassen Sie doch Kasse holen!) Stadtk. Staab (H. Soz.) engreift das Wort und führt aus, daß gegen die Mehrheitssozialisten die Beschuldigung erhoben werde, ein Anhängel von uns Unabhängigen zu sein. Wir beide Parteien protestieren gegen diese Verleumdung, die nichts weiter bedeutet, um die Arbeiterklasse zu zersplittern. Aber, meine Herren, wenn es darauf ankommt, gegen die Rechte zu kämpfen, dann werden wir einig sein wie ein Mann. Wir bekämpfen die Gründung einer Einwohnerwehr in Potsdam. Als Führer dieser Wehr will man den Major v. Roedern hinführen. Aber dieser Herr hat bei einer Feier im Victoria-Gymnasium die Keuzerung getan: „Ich kann den Tag nicht erwarten, wenn die Monarchie wiederkehrt.“ Oberbürgermeister Bohberg erklärte, daß v. Roedern nicht als Führer der Einwohnerwehr in Aussicht genommen ist, sondern ein staatlicher Schutzbeamter.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Milch: Kinderarten A I 1 Liter, A II 1/2 Liter, B I 1/2 Liter, B II, C I und C II 1/2 Liter, A-Kartons für werdende Mütter 1/2 Liter. Die Krankenarten werden voll beliefert.

Maricndorf-Züdenbe. Auf die Abchnitte 87, 88, 89 und 91 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte zusammen 700 Gramm Graubrotmehl (84 Pf.). Rummelung bis Sonnabend, den 22. November. Verkauf am 27. bezw. 28. November, nachmittags 4 Uhr. Bis zum 22. auf Abchn. 47 der Zusatzkarte für Kriegsbekindigte 500 Gramm Schnittmehl (66 Pf.). Verkauf in beiden Gemeindefäden. Ein Posten Fischkonserven zu ermäßigten Preisen im Gemeindefaden, Chausseestraße, und bei Schwarzbach, Chausseestraße 36. In den Gemeindefäden erfolgt der Verkauf von Tafelkäse (3 Pf. 85 Pf.).

Brenndolz bei Selbstabholung je Raummeter 70 M., bei Zufuhr frei Keller 75 M. Bezahlung im Rathaus, Zimmer 22/21, von 9-12 Uhr. Ausgabe auf dem Grundriss von Klein, Chausseestr. 313 von 10-3 Uhr.

Hermsdorf. Vom Donnerstag ab auf Abchnitt 87 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 150 Gramm Reis (60 Pf.), auf Abchnitt 96 250 Gramm Parmelade (65 Pf.). Die Bestellabchnitte sind heute und morgen bei den Kleinhandlern abzuliefern.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Nichtenberg. Sonnabend, 7 Uhr, in der Aula „Cäcilium-Theater“, Rathausstr. 10. Lichtbildvortrag: „Von der Volkshilfe zur Schneebahn“. Wir eruchen unsere Parteimitglieder, besonders die schulpflichtige Jugend mitzubringen. Eintritt 50 Pf.

Sozialdemokratische Polizeibeamte (Verbandsklub S. P. D.). Sonnabend nachm. 5 Uhr in Oberlands Reichsfil., Neue Friedrichstraße 16, öffentliche Versammlung. Sämtliche Kommissare der Berliner Schutzmannschaft sind höflich eingeladen.

R. H. G. Heute nachmittags 3 Uhr: Versammlung aller männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, im Städtisch Oberkasseneide.

Städtische Elektrizitätswerke. Heute, nachmittags 5 Uhr: Versammlung aller männlichen und weiblichen Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhaler Straße 11/12.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrerverein „Groß-Berlin“. Sonntag, 23., nachmittags 1 Uhr, nach Buch, Galtshof von Kroll am Bahnhof. — Ulls. Familienverbände. Sonntag: Jubi- und Aufnahmeitag von 2-6 Uhr im Restaurant Gerichtstr. 15/16, von 2-5 Uhr Albalberstr. 24.

Choristensung. Sangesfreundliche Herren und Damen, die auf dem Boden der S. P. D. stehen und gemüht sind, sich als aktive oder passive Mitglieder einem zu gründenden S. P. D. Chor anzuschließen, werden gebeten, sich am Sonntag (23.), vormittags 10 Uhr, beim Genossen Otto Seelig, Grünstr. 9, Ude Kirchstraße, einzufinden.

Gerichtszeitung.

Vom Spiel in den Tod. Ein entsetzlicher Unglücksfall, der aus einer banalen Rederei entstanden war, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung zugrunde, welcher gestern die Strafkommission des Landgerichts I beschaffte. Angeklagt war der Richter Ernst Gerlach. Der Angeklagte, welcher bei der Wächter-Gesellschaft beschäftigt ist, erhielt eines Tages im Juni den Auftrag, aus der Nähe warmes Wasser zu holen. Vier wurde er von den Küchenmädchen genetzt und mit Wasser bespritzt. Ein Küchenmädchen, Marie Bremer, lief ihm nach, um ihn noch einmal zu bespritzen und im Scherz hob der Angeklagte sie hoch und machte mit dem Mädchen einige Tanzschritte. Hierbei glitt er auf den nassen Fliesen aus und im nächsten Augenblick erlitt ein wackererschütternder Schreck. Die W. war in einen Kessel mit siedendem Wasser gestürzt. Der Angeklagte spritzte sofort wütend in das kochende Wasser hinein, er holte aber nur noch eine Leiche heraus und verbrannte sich dabei selbst so schwer, daß er lange Zeit im Krankenhaus liegen mußte. — Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld geltend, daß hier ein unglückseliger Zufall vorliege, bei dem der Angeklagte gar keine Uebertugungsmöglichkeit gehabt habe. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und erkannte auf Freisprechung.

Aus aller Welt.

Ein eigenartiger Eisenbahnunfall. Als Donnerstag früh ein Personenzug aus Groß-Polken in die Station Rahlitz (Sachsen) einfuhr, fiel ein Wagen

eines auf dem Nebengleis rangierenden Güterzuges infolge Ueberfahrens des Brellbods um und stürzte auf den Personenzug. Ein Personenzug wurde vollständig zerrümmert. Von den Insassen des Wagens wurden laut „Kochiger Tageblatt“ drei getötet, fünf schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage läge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Gütige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hofpartie links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen. Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Mittwoch und Freitag 2-5 Uhr; Dienstag und Donnerstag 3-6 Uhr; Sonnabend 3-5 Uhr.

Ch. P. 12. 1. Rein. 2. Kurz wegen etwaiger Steuererlässe, 3. Erkundigen Sie sich bei der Poststelle des Polizeipräsidiums. — G. R. 99. Bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Hamburg. — H. S. 48. Ja, für die Zeit bis zum 30. September. Erheben Sie sofort Einspruch. — R. W. 22. 1. Klage beim Versicherungsamt gegen die Krankenkasse. 2. Rein. Gegen die Arbeiterkassen hätte nur die Krankenkasse einen Ueberanspruch. — 100. G. 1. Soweit Sie für das Steuerjahr Oktober 1919 bis März 1920 veranlagt sind, beantragen Sie die Abhebung. Sie brauchen nur für 1/2 Jahr zu zahlen. 2. Ja. 3. Die Hälfte des Satzes, zu dem Sie veranlagt sind. — G. G. 100. 1. und 2. Ja. — W. R. 27. Wegen Heilversicherung sind weitere Schritte aussichtslos. — Auswärts-Pokant. Rein. Ihre Auffassung halten wir für zutreffend. — A. S. Offenbarung. Das von dem Hauswirt eingesetzte Verfahren entspricht leider den gesetzlichen Bestimmungen. Veruchen Sie es mit einem Antrag an den hiesigen Magistrat wegen Uebernahme der Mietschuld. — Gedenkt. Die Forderung wäre zulässig. 2. Wegen Steuern, die noch nicht länger als ein Vierteljahr fällig sind, ist eine Beschränkung nicht vorgelegen. 3. 2500 M. Grundbesitz. Von dem jährlichen Grundbesitz verbleibt Ihnen ein Fünftel, für die Frau und jedes Kind ein weiteres Fünftel. — H. R. 1999. Unzichtig ist unserer Kenntnis. — Parteigenosse 700. 1. Ende Juli bis Mitte November. 2. Ja, sofern die Ehe nicht wegen des Verlehrs mit dem Mädchen geschieden ist. 3. Antrag an das Justizministerium auf Befreiung von dem gesetzlichen Eheverbot. 4. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Ehe ja. 5. Der Parteieid in Uebeln ist selten. Vermutlich wird das Gericht Ihre Ehefrau zum Eid nicht zwingen. 6. Ja. — W. S. 50. Ja, falls Ihnen ein Eheidungsgrund nicht zu Seite steht. — G. R. 29. 1. 2000 bis 3000 M. Grundbesitz. 2. Ja, bis zu 100 Proz. 3. Ja, 1200 M. für Verheiratete und 600 M. für Unverheiratete. — G. S. 7. Nur für das erste Steuerjahr, also für die Zeit bis einsch. Juni d. J. reklamieren Sie innerhalb der Ständigen Frist. — Kurz 100. 1. u. 2. Ja. — A. P. 1. Einbehalten geht einer beliebigen Lohnklasse. 2. Generalissimo des Gardekorps, Abrechnungstelle, in weiterer Anbahnung des Reichswehrministeriums. — S. 99. Senden Sie sich an die Landwirtschaftliche Hochschule, Berlin, Invalidenstr. 42. — C. W. 100. Richten Sie einen Antrag an die Poststelle des Magistrats Berlin.

Gewinn-Auszug

14. Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

6. Klasse 12. Ziehungstag 20. November 1919

Auf jede gewogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer und einer auf die beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 210 Mark gezogen.
4 Gewinne zu 10000 M 32053 148007
4 Gewinne zu 5000 M 111283 120141
50 Gewinne zu 3000 M 6882 6245 15016 10149 31417 33517
35954 37183 42021 40478 47032 47978 48515 60657 63043 74523 74638
76208 77728 85495 92890 96930 115206 137065 1332025 134143 142817
144979 151313 154078 161418 161905 167301 170994 183224 188939
197133 210273 227611 231445
329 Gewinne zu 1000 M 115 500 5216 19837 23490 24407 28853
28110 32143 37068 37668 38664 41100 43000 44331 53204 52924 54170
63141 70433 73118 75097 76283 76920 77623 88820 92253 92320 91375
93122 95195 102004 106179 106101 111491 116487 118913 123227 129821
132604 139151 142679 146698 151991 153156 167255 167908 170290
171358 172898 172997 182119 182465 185943 188912 187268 184939
190839 202771 207994 211035 211904 234892 225432 225917 227610
236920 231078
170 Gewinne zu 500 M 193 4236 4732 6636 7583 8328 9034
12414 12519 14403 15061 17341 22877 26719 28615 28836 29395 32128
44936 47728 48432 49753 52003 52077 56185 64197 65585 67337 70733
71419 79198 79523 81433 82770 83078 92616 92617 92645 97674
103618 103688 104613 110546 110840 111274 115800 116871 116400
123229 126370 129223 130779 137341 137676 138883 143780 144225
154087 155889 159748 162400 163963 164600 163725 170544 171108
172974 177173 180725 180739 189174 183441 184893 190841 200863
209273 208580 210654 221324 220099 228531 230649 231012 231886

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 210 Mark gezogen.
2 Gewinne zu 40000 M 154817
2 Gewinne zu 10000 M 204854
98 Gewinne zu 3000 M 60 979 6900 8296 8366 10310 11728 12044
22124 40517 42763 44443 53605 63152 68741 79444 80213 89433 92841
96483 108823 112008 113436 118920 121007 125590 127403 142867
144438 149618 148887 171336 171363 174481 183557 187462 187859
188773 194336 200059 200452 200509 211822 218000 228219 229007
231471 232438 233378
174 Gewinne zu 1000 M 1308 11581 18095 27420 28783 28921
32545 32850 34475 46628 42370 42702 44081 44870 50333 53900 56468
57729 63586 65405 65427 65590 66103 66965 68317 75003 82287 82748
97385 100373 101338 101703 102640 104073 104728 104805 105032 109616
114269 116370 116992 118263 120990 125293 125916 128976 131578
131816 132138 134928 140267 143299 150102 151695 155418 167230
167893 169318 169697 169024 169211 169353 169693 169546 172342
175065 176394 180369 183777 186598 185827 186460 187722 190068
194274 195817 198259 200573 204145 204822 214605 214851 218150
221764 224785 229464 232221 232212
192 Gewinne zu 500 M 2381 4095 4175 4532 4804 7129 9122 11202
12580 12603 13672 14109 14648 14720 15458 15578 21139 23584 24163
26283 29508 38845 40164 50845 51802 56090 60665 60694 63502 70079
71809 82027 86850 89761 91693 95475 104330 104895 108720 108801
112004 112771 115267 116026 121477 123372 125761 127277 133159
135929 140041 146581 148731 150290 152355 163807 165695 168084
189417 190070 190356 191133 194238 195281 197418 198997 172906
174413 192502 198448 198901 199765 199841 195643 197625 201338
202920 206542 207187 209103 212715 212937 217437 218329 219771
219457 220598 221012 221792 222082 222462 223448 224779 225393
226282 228401

JACOB STÜCK
NACHFOLGER
WEINBRENNEREIEN
HANAUAM.



3 führende Marken:
Goldstück
Edelstück
Urstück

REINER
WEINBRAND